



Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
- Bücherei -

V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

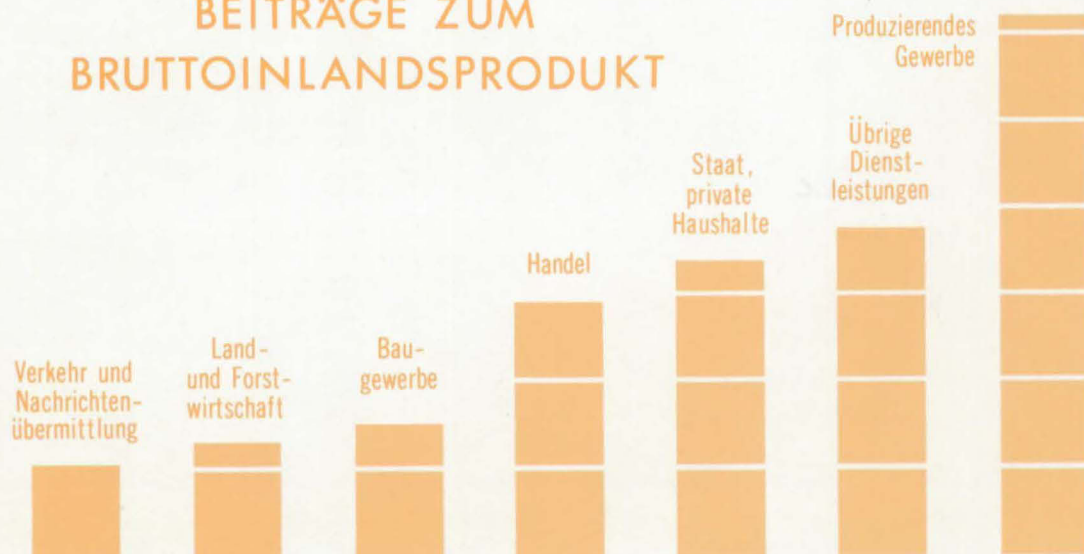
29. Jahrgang · Heft 8

August 1977

Grafik des Monats: Fremdenbetten
Aufsätze: Die neue Beschäftigtenstatistik (Teil 2)
Fremdenverkehr
„Lange Reihen“ (Vorabdruck)

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1976	1977	Veränderung in %	
		Monatsdurchschnitt Januar bis Mai			
VERARBEITENDE INDUSTRIE¹					
Produktionsindex	1970 = 100	.	.	.	
Beschäftigte	1 000	.	.	.	
Umsatz ²	Mill. DM	.	.	.	
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	.	.	.	
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT					
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	5,8	5,9	+	2
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	1 592	1 218	-	23
HANDEL					
Ausfuhr	Mill. DM	405,6	524,0	+	29
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	330,2	415,5	+	26
VERKEHR					
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	10 087	10 824	+	7
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)					
Einfuhrpreise	1970 = 100	150,2	157,3	+	5
Grundstoffpreise ³	1970 = 100	144,6	150,6	+	4
Erzeugerpreise					
industrieller Produkte ³	1970 = 100	139,1	144,1	+	4
landwirtschaftlicher Produkte ³	1970 = 100	152,3	147,2	-	3
Lebenshaltung ⁴					
insgesamt	1970 = 100	139,8	145,2	+	4
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	135,9	142,9	+	5
GELD UND KREDIT					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite ⁵	Mill. DM	5 294	5 692	+	8
mittel- und langfristige Kredite ⁶	Mill. DM	23 723	27 269	+	15
Spareinlagen	Mill. DM	10 895	11 748	+	8
STEUERAUFKOMMEN					
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer ⁷	Mill. DM	119	125	+	5
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	65	66	+	2
Lohnsteuer	Mill. DM	175	202	+	15
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	246	271	+	10

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie

2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

4) alle privaten Haushalte

5) an die Nichtbankenkundschaft

6) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite

7) einschließlich Einfuhrumsatzsteuer



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

29. Jahrgang

Heft 8

August 1977

Aktuelle Auslese

Industriebeschäftigung weiter rückläufig



Im ersten Halbjahr 1977 hat sich der Rückgang der Beschäftigtenzahl in den Betrieben der verarbeitenden Industrie im Vergleich zu 1976 stetig fortgesetzt. Im Durchschnitt dieses Zeitraums wurden 164 000 tätige Personen registriert; das sind 3 000 oder 1,8 % weniger als in der gleichen Periode 1976. Angestellte (- 1 000 = 2,2 %) waren von den Personaleinschränkungen relativ stärker betroffen als Arbeiter (- 2 000 = 1,7 %). Dabei hat sich die Geschäftstätigkeit deutlich belebt: Die Verkaufserlöse stiegen nominal um mehr als 8 %, der Absatz - bei fallender Tendenz der Preissteigerungsrate - real um fast 5 %. Während der Inlandsumsatz - preisbereinigt - stagnierte, wuchs das Exportgeschäft kräftig. Dies wurde allein durch den Schiffbau bewirkt, dessen Umsätze mit dem Ausland sich gegenüber dem ersten Halbjahr 1976 fast verdoppelten. Die Exportquote überragte mit 21 % sogar noch die Rekordmarke des Jahres 1975.

Preissprung bei Rohbauland



Von einem Nachkriegsrekord war 1976 die Preisentwicklung für Rohbauland geprägt. Der seit 1970 zwischen 13 DM und gut 14 DM schwankende Quadratmeterpreis zog 1976 um 82 % an und errechnete sich mit durchschnittlich 25,58 DM. Dies bedeutet nicht, daß die Baulandpreise generell entsprechend gestiegen sind. Allein schon wechselnde Anteile von Grundstücken, die nach Lage, Beschaffenheit und Verwendungszweck sehr verschieden wertvoll sind, haben diese Schwankung des Durchschnittswertes mit bewirkt. So hatte 1976 der Rohbaulandmarkt im Hamburger Umland besonderen Einfluß. In den vier Hamburger Randkreisen wurden 42 % der Kauffälle abgewickelt, 48 % der Fläche umgesetzt, 66 % der Umsätze getätigt und ein Quadratmeterpreis von gut 35 DM erzielt. Der Kreis Stormarn hatte dabei maßgeblichen Einfluß. Auf ihn allein entfallen knapp 30 % der umgesetzten

Landesfläche und 45 % der getätigten Umsätze bei einem Quadratmeterpreis von 39 DM. Extreme Umsatzentwicklungen in diesem Kreis wurden in den zusammenliegenden Hamburger Stadtrandgemeinden Glinde, Oststeinbek und Barsbüttel beobachtet. In diesem knapp 25 000 Einwohner zählenden Gebiet wurden 16 % der umgesetzten Rohbaulandfläche unseres Landes notariell beurkundet und 26 % des Landesumsatzes erzielt.

Geht der Geburtenrückgang weiter?



In Heft 3 fragten wir, ob 1976 mit den wieder steigenden Zahlen der Lebendgeborenen das „Geburtentief“ durchlaufen sei. Nach den Ergebnissen für die ersten vier Monate 1977 scheint dies nicht so zu sein.

Die Geburtenzahl der Monate Januar bis April hatte 1976 um 183 über dem von 1975 gelegen und mit einem Drittel dazu beigetragen, daß im ganzen Jahr 579 Kinder mehr als 1975 geboren wurden. In den ersten vier Monaten des laufenden Jahres 1977 sind dagegen 598 Kinder weniger zur Welt gekommen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dabei waren es in jedem einzelnen Monat weniger als 1976.

Baugenehmigungen wieder rückläufig



Im ersten Halbjahr 1977 wurden in Schleswig-Holstein insgesamt 7 465 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden von den Bauaufsichtsbehörden zum Bau freigegeben. Das sind 2 160 (22 %) Wohnungen weniger als in den ersten sechs Monaten des Jahres 1976. Sieht man von den extrem niedrigen Genehmigungszahlen im Monat Januar einmal ab (887 Wohnungen), so wurden in der ersten Jahreshälfte 1977 durchschnittlich 1 300 Wohnungen im Monat genehmigt. Dieser Schnitt entspricht der Talsohle in der Baunachfrage, die in Schleswig-Holstein Ende 1974 erreicht und zwischen Oktober 1975 und Juni 1976 nur vorübergehend verlassen wurde.

Die neue Beschäftigtenstatistik

Teil 2: Ergebnisse

Mit der Lieferung der Vierteljahresergebnisse für den 30. 6. 1974 lagen erstmals wieder Angaben über den Beschäftigtenstand in fast allen Wirtschaftszweigen vor, die aus einer Quelle stammten. Davor mußte man auf die Ergebnisse der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung von 1970 zurückgreifen.

Wenn es auch nicht möglich ist, die Ergebnisse dieser Arbeitsstättenzählung unmittelbar mit denen der neuen Beschäftigtenstatistik zu verknüpfen - abweichende Beschäftigtenbegriffe, methodische Unterschiede bei der wirtschaftssystematischen Zuordnung und andere Faktoren (wie Arbeitslosigkeit) stören

einen direkten Vergleich der Beschäftigung in den einzelnen Branchen -, so lassen sich die Zahlen dennoch miteinander verbinden, wenn man als Grundlage Wirtschaftsabteilungen oder gar Wirtschaftsbereiche wählt - also Zusammenfassungen von mehr oder weniger vielen Wirtschaftszweigen.

Beschäftigtenvergleich 1970 - 1974

Die folgende Tabelle stellt die Zahlen der Arbeitsstättenzählung und der neuen Beschäftigtenstatistik einander gegenüber, die sich im Stand um vier Jahre unterscheiden. Die

Beschäftigte 1970 und 1974 nach dem Wirtschaftszweig ihres Betriebes

Schl.-Nr. ¹	Wirtschaftssystematische Gliederung ¹	Beschäftigte am 27. 5. 1970 (Arbeitsstätten- zählung 1970)	Beschäftigte am 30. 6. 1974 (Beschäftigten- statistik)	Veränderung in %
04 - 08	Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	8 120	9 320	+ 14,8
09 - 58	Verarbeitendes Gewerbe	247 724	234 178	- 5,5
	davon			
09 - 13	Chemische Industrie, Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	17 802	18 183	+ 2,1
14 - 16	Steine, Erden, Feinkeramik, Glas	12 435	12 384	- 0,4
17 - 22	Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei, Ziehereien, Schlosserei	9 980	9 759	- 2,2
23 - 33	Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	78 164	75 585	- 3,3
34 - 39	Elektrotechnik, Feinmechanik, EBM-Waren	38 145	42 941	+ 12,6
40 - 44	Holz-, Papier- und Druckgewerbe	33 094	27 216	- 17,8
45 - 53	Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe	17 133	11 474	- 33,0
54 - 58	Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	40 971	36 636	- 10,6
59 - 61	Baugewerbe	80 158	75 011	- 6,4
	darunter			
	Bauhauptgewerbe	62 141	56 398	- 9,2
62	Handel	104 905	108 643	+ 3,6
63 - 68	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	29 386	34 096	+ 16,0
69	Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	18 778	22 856	+ 21,7
70 - 86	Andere Dienstleistungen	102 600	114 051	+ 11,2
	darunter			
70, 71	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, Kinderheime u. ä.	25 264	27 355	+ 8,3
72, 73	Wäscherei, Reinigung, Friseure	15 577	12 614	- 19,0
74, 75	Wissenschaftliche Hochschulen und sonstige Bildungsstätten	13 855	13 941	+ 0,6
78	Gesundheits- und Veterinärwesen	26 374	31 315	+ 18,7
87 - 89	Organisationen ohne Erwerbscharakter ²	6 060	9 437	+ 55,7
91 - 94	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	57 641	67 732	+ 17,5
	darunter			
91, 92	Allgemeine öffentliche Verwaltung, Verteidigung, öffentliche Sicherheit	53 443	63 082	+ 18,0
93	Sozialversicherung	4 198	4 649	+ 10,7
	Zusammen	655 372	675 324	+ 3,0

1) Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit, Ausgabe 1973

2) ohne die Wirtschaftsgruppe private Haushalte (90)

Gliederung in Wirtschaftsabteilungen und Unterabteilungen folgt der von der Bundesanstalt für Arbeit für die Beschäftigtenstatistik verwendeten Wirtschaftssystematik. Da auch diese Systematik auf der sogenannten Grundsystematik aufbaut, ließen sich die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung umrechnen. In der Beschäftigtenstatistik werden alle Arbeitnehmer eines Betriebes - auch wenn dessen Tätigkeiten zu verschiedenen Wirtschaftszweigen gehören - nur einem Wirtschaftszweig zugerechnet. Solche Betriebe können allerdings bei der Arbeitsstättenzählung 1970 und bei der Beschäftigtenstatistik nach unterschiedlichen Kriterien zugeordnet worden sein; während die Bundesanstalt für Arbeit den wirtschaftlichen Schwerpunkt eines Betriebes mit mehreren Tätigkeiten in erster Linie gemäß der Wertschöpfung bestimmt und erst bei Untauglichkeit dieses Maßstabs als zweites Kriterium die Zahl der Beschäftigten pro Sparte des Betriebes heranzieht, war dem Betrieb bei der Arbeitsstättenzählung 1970 nicht vorgeschrieben, wonach er seinen wirtschaftlichen Schwerpunkt zu bestimmen hatte. Ein Autohaus mit 20 Beschäftigten, von denen 14 in der Reparaturabteilung und 6 in der Abteilung Verkauf (Handel) arbeiten, hätte bei der Arbeitsstättenzählung zum Verarbeitenden Gewerbe gezählt werden können, würde aber von der Bundesanstalt für Arbeit dem Handel zugeordnet werden, wenn die Wertschöpfung der Abteilung Verkauf deutlich über der der Abteilung Reparatur liegt.

Während die Zahlen der Arbeitsstättenzählung für alle nicht beamteten Arbeitnehmer¹ gelten, ist der der Beschäftigtenstatistik zugrunde liegende Personenkreis noch enger gefaßt, da die nicht sozialversicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten fehlen (vgl. Teil 1 dieses Aufsatzes im Maiheft). Um schätzungsweise 15 000 Personen würde sich der Bestand an Beschäftigten am 30. 6. 1974 erhöhen, wenn diese Gruppen mitgezählt würden. Diese Abweichung dürfte einen Vergleich der Beschäftigten, zumal in wirtschaftlicher Gliederung, nur unwesentlich beeinträchtigen.

Ohne die in der Tabelle fehlende Wirtschaftsabteilung Landwirtschaft und die Unterabteilung private Haushalte, die sich nicht vergleichen lassen, ist die Beschäftigung von 1970 bis 1974 um 3% gestiegen. Ergänzt man die hier fehlenden Angaben zum Wirtschaftsbereich Landwirtschaft durch entsprechende Daten aus anderen Statistiken, so kann man sagen, daß sich in diesen vier Jahren eine mit dem

1) Bei der Arbeitsstättenzählung wurden eigentlich keine Beschäftigten, sondern Beschäftigungsfälle gezählt, was wegen der Fälle von Mehrfachbeschäftigung einzelner Personen einen Unterschied bedeutet

bisher beobachteten Trend übereinstimmende Entwicklung vollzogen hat, nämlich ein weiterer Beschäftigungsanstieg im tertiären Sektor auf Kosten des primären und sekundären Sektors.

Eine sektoral feiner gliedernde Darstellung der Beschäftigtenentwicklung - wie sie die Tabelle zeigt - darf nicht die oben bereits genannten vergleichsstörenden und nicht quantifizierbaren Fakten außer acht lassen, die sich insbesondere in den Branchen bemerkbar machen können, die in erheblichem Maße Betriebe mit mehr als einem Hauptleistungsbereich enthalten - z. B. in der häufig auftretenden Kombination Produktion/Handel.

Dagegen läßt sich der Beschäftigungsrückgang infolge der seit 1970 stark gestiegenen Arbeitslosigkeit branchenweise angeben. Von Ende Juni 1970 bis Ende Juni 1974 ist die Zahl der Arbeitslosen in Schleswig-Holstein um 16 400 auf 21 200 gestiegen. Insbesondere folgende Wirtschaftszweige wiesen 1974² eine größere Anzahl an Arbeitslosen auf.

Verarbeitendes Gewerbe	7 000
darunter	
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	1 600
Elektrotechnik, Feinmechanik, EBM-Waren	1 200
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1 100
Baugewerbe	4 300
darunter	
Bauhauptgewerbe	3 600
Handel	4 700
Andere Dienstleistungen	3 900
Alle Wirtschaftszweige	25 200

Abstimmung der Beschäftigtenstatistik mit anderen, Beschäftigte nachweisenden Statistiken

Soweit Ergebnisabstimmungen zwischen der Beschäftigtenstatistik und anderen Statistiken, die Beschäftigte für einzelne Wirtschaftszweige nachweisen, möglich und sinnvoll waren, wurden sie durchgeführt. Dabei haben sich in der Regel gute Übereinstimmungen ergeben oder es haben - wo größere Differenzen auftauchten - plausible Gründe für diese Differenzen vorgelegen (meist methodische Unterschiede).

Für den Bereich des verarbeitenden Gewerbes wurde mit den Ergebnissen der Totalerhebung in der Industrie abgestimmt, für das Bauhauptgewerbe mit der Totalerhebung im Bauhauptgewerbe, für den Bereich des öffentlichen

2) Stand Ende September 1974; Angaben für den 30. 6. liegen nicht vor

Dienstes mit der Statistik des Personalstands, für den Einzelhandel mit der Einzelhandelsstatistik und für den Bereich Energiewirtschaft und Wasserversorgung mit der Verdiensterhebung in Industrie und Handel. Ein unbefriedigendes Resultat hat bisher lediglich die Abstimmung der Zahlen über die Beschäftigten in der Landwirtschaft gebracht. Das liegt an der verschiedenen Abgrenzung der bei diesen beiden Statistiken erfaßten Personenkreise. Während die Arbeitskräfteerhebung in den landwirtschaftlichen Betrieben den erfaßten Personenkreis nach Betriebsinhabern, familienangehörigen und familienfremden Arbeitskräften untergliedert, sind in dem Kreis der versicherungspflichtig Beschäftigten der Beschäftigtenstatistik nicht nur familienfremde Arbeitskräfte enthalten, sondern auch solche Familienangehörige, die einen Arbeitsvertrag geschlossen haben. Nur für diese Gruppe der mithelfenden Familienangehörigen ist eine Meldung abzugeben, nicht dagegen für die weitaus größere Gruppe der mithelfenden Familienangehörigen, die zwar nach dem KVGL³ krankenversicherungspflichtig, aber - eine Ausnahme von den allgemeinen Meldevorschriften - nicht meldepflichtig sind. Wenn für einen Teil der nicht zu meldenden mithelfenden Familienangehörigen unberechtigt Meldungen abgegeben werden, wäre die Ursache für die höhere Zahl in der Beschäftigtenstatistik erklärt. Untersuchungen, die diese Vermutung erhärten oder widerlegen können, sind noch nicht abgeschlossen.

Beschäftigtenentwicklung von Juni 1974 bis Juni 1976

Die sich bereits 1973 anspannende Lage auf dem Arbeitsmarkt verschärfte sich im Laufe des Jahres 1974 zusehends und entwickelte sich dann wie folgt:

1974	Ende Juni	21 000	Arbeitslose
	September	25 000	"
	Dezember	45 000	"
1975	März	50 000	"
	Juni	42 000	"
	September	40 000	"
	Dezember	53 000	"
1976	März	53 000	"
	Juni	41 000	"

Diese heftigen Bewegungen des Arbeitsmarktes haben natürlich ähnliche Bewegungen des Bestandes an Beschäftigten ausgelöst:

3) Gesetz zur Weiterentwicklung des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte - KVGL) vom 10. 8. 1972, BGBl I, S. 1433

		Versicherungspflichtig Beschäftigte	Veränderung in % gegenüber dem	
			Vorquartal	Vorjahr
1974	Ende Juni	697 459	.	.
	September	704 204	+ 1,0	.
	Dezember	677 343	- 3,8	.
1975	März	669 777	- 1,1	.
	Juni	676 377	+ 1,0	- 3,0
	September	684 910	+ 1,3	- 2,7
	Dezember	670 694	- 2,1	- 1,0
1976	März	668 745	- 0,3	- 0,2
	Juni	679 549	+ 1,6	+ 0,5

Um rund 18 000 Beschäftigte lag der Bestand am Ende des Beobachtungszeitraumes unter dem Anfangsbestand. Das entspricht einem Rückgang um 2,6%. Die Veränderungen in den einzelnen Wirtschaftszweigen lagen dagegen zum Teil um ein Vielfaches höher.

Versicherungspflichtig Beschäftigte nach der Wirtschaftsabteilung

Wirtschaftsabteilung	Beschäftigte		Veränderung in %
	30. Juni 1974	30. Juni 1976	
Land- und Forstwirtschaft	19 736	18 001	- 8,8
Energie, Bergbau	9 320	9 408	+ 0,9
Verarbeitendes Gewerbe	234 178	219 904	- 6,1
Baugewerbe	75 011	70 109	- 6,5
Handel	108 643	108 435	- 0,2
Verkehr und Nachrichten	34 096	32 029	- 6,1
Kreditinstitute, Versicherungen	22 856	22 004	- 3,7
Andere Dienstleistungen	114 051	118 433	+ 3,8
Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	11 821	12 418	+ 5,1
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	67 732	68 678	+ 1,9
Insgesamt¹	697 459	679 549	- 2,6

1) einschließlich "ohne Angabe"

Trotz des starken Rückganges der Gesamtzahl aller Beschäftigten ist die Beschäftigung im tertiären Sektor gestiegen, allerdings stark abgeschwächt gegenüber der Entwicklung 1970 bis 1974: während in diesen Jahren die Beschäftigung im tertiären Sektor um 11,7% zunahm, wuchs sie in den folgenden beiden Jahren nur um 0,8%. Dennoch bestätigt auch diese Entwicklung den Trend der langfristig zunehmenden Bedeutung des tertiären Sektors, denn der primäre und sekundäre Sektor hatten Beschäftigungseinbrüche zu verzeichnen, die weit über dem Rückgang der Gesamtbeschäftigung lagen.

Während von 1970 bis 1974 noch alle Wirtschaftsabteilungen des tertiären Sektors ihren

Beschäftigtenbestand erhöhten - nur wenige Wirtschaftsgruppen wiesen überhaupt negative Veränderungen aus -, verringerten in den folgenden beiden Jahren die Wirtschaftsabteilungen Handel, Verkehr und Nachrichten und Kreditinstitute, Versicherungen ihren Bestand; die drei übrigen Bereiche konnten ihn jedoch erhöhen.

Die drastische Abnahme der Beschäftigung in der Wirtschaftsabteilung Verkehr und Nachrichten ist dabei eindeutig auf die im Zuge der Rationalisierung betriebene restriktive Personalpolitik bei Bundespost und Bundesbahn zurückzuführen; denn bei diesen beiden Institutionen, in denen etwa jeder dritte Beschäftigte dieser Wirtschaftsabteilung arbeitet, ging die Beschäftigung um jeweils 12% zurück. An der Entwicklung in der Wirtschaftsabteilung Kreditinstitute, Versicherungen waren die beiden gleichnamigen Wirtschaftsgruppen dagegen etwa gleich stark beteiligt. Kaum verändert hat sich die Zahl der Beschäftigten im Handel. Hier hat jedoch offenbar eine interne Umschichtung zwischen Lebensmittelsupermärkten und sonstigem Einzelhandel stattgefunden: Während der sonstige Einzelhandel ca. 1 000 Beschäftigte weniger aufwies, stieg um diese Zahl die Beschäftigung in den Lebensmittelsupermärkten. Das entspricht dort einer Zunahme von 29%.

In der größten Wirtschaftsabteilung des tertiären Sektors, den anderen Dienstleistungen, stieg die Zahl der Arbeitsplätze⁴ um über 4 000. Ohne diese günstige Entwicklung hätte sich die Beschäftigung im tertiären Sektor verringert. Maßgeblichen Anteil daran hatten die Wirtschaftsgruppen Gesundheits- und Veterinärwesen (+ 2 800 Beschäftigte oder 9%), Kinder-, Alten- und ähnliche Heime (+ 1 300 Beschäftigte oder 15%) sowie das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (+ 1 400 Beschäftigte oder 7%). Abgesehen von den privaten Haushalten, deren Beschäftigung leicht rückläufig war, verlief die Entwicklung der übrigen Wirtschaftsgruppen bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter fast gleichmäßig positiv. Uneinheitliche Veränderungsraten wiesen dagegen die Wirtschaftsgruppen der Abteilung Gebietskörperschaften, Sozialversicherung auf. Die allgemeine öffentliche Verwaltung und die Sozialversicherung erhöhten ihren Beschäftigtenstand um 4% bzw. 6%, während dieser in der Gruppe Verteidigung und öffentliche Sicherheit und Ordnung um 4% sank.

Der Rückgang der Gesamtbeschäftigung um 2,6% wurde fast ausschließlich durch den

Beschäftigungseinbruch im produzierenden Gewerbe, und zwar im verarbeitenden Gewerbe und Baugewerbe hervorgerufen: rund 19 000 Arbeitsplätze gingen in diesen beiden Abteilungen verloren.

Zur Abnahme im verarbeitenden Gewerbe haben hauptsächlich die Wirtschaftsgruppen Elektrotechnik (- 2 300 oder 9%), Gießerei (- 1 700 oder 43%!), Herstellung von Nahrungsmitteln verschiedener Art (- 1 600 oder 7%), Bekleidungsgewerbe, Näherei (- 1 500 oder 28%), Herstellung von EBM-Waren (- 1 300 oder 14%), Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (- 1 100 oder 12%) und Maschinenbau (- 1 000 oder 6%) beigetragen.

Der Rückgang im Baugewerbe betraf seine beiden größten Wirtschaftsgruppen: Bauhauptgewerbe (- 4 000 oder 8%) und Ausbau- und Bauhilfsgewerbe (- 1 100 oder 6%).

Zu der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft gehören neben der dominanten Wirtschaftsgruppe Landwirtschaft, in der zwei von drei Beschäftigten der Abteilung arbeiten, noch die mittelgroße Gruppe Gartenbau und die beiden kleinen Gruppen Forst- und Jagdwirtschaft und Fischerei. Die Beschäftigungsabnahme um 8,6% - die höchste Veränderungsrate aller Wirtschaftsabteilungen - wurde durch die Wirtschaftsgruppe Landwirtschaft verursacht (- 1 700 oder 14%). Die knapp 6 000 Beschäftigte große Gruppe Gartenbau hat sich dagegen - wenn auch nur leicht - positiv verändert.

Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer

Von der noch anhaltenden ungünstigen Wirtschaftsentwicklung waren die ausländischen Beschäftigten weitaus stärker betroffen als ihre deutschen Kollegen. Die Zahl der in Schleswig-Holstein beschäftigten Deutschen verringerte sich von Juni 1974 bis Juni 1976 um genau 2%, in der gleichen Zeit nahm aber die Zahl der beschäftigten Ausländer um 13,2% ab!

	Beschäftigte Ausländer	Veränderung in % gegenüber dem	
		Vorquartal	Vorjahr
1974 Ende Juni	35 431	.	.
September	34 599	- 2,3	.
Dezember	31 636	- 8,6	.
1975 März	31 733	+ 0,3	.
Juni	32 226	+ 1,6	- 9,0
September	31 727	- 1,5	- 8,3
Dezember	29 656	- 6,5	- 6,3
1976 März	30 147	+ 1,7	- 5,0
Juni	30 744	+ 2,0	- 4,6

Wie die Übersicht zeigt, hat sich das Tempo dieser Veränderung deutlich verlangsamt:

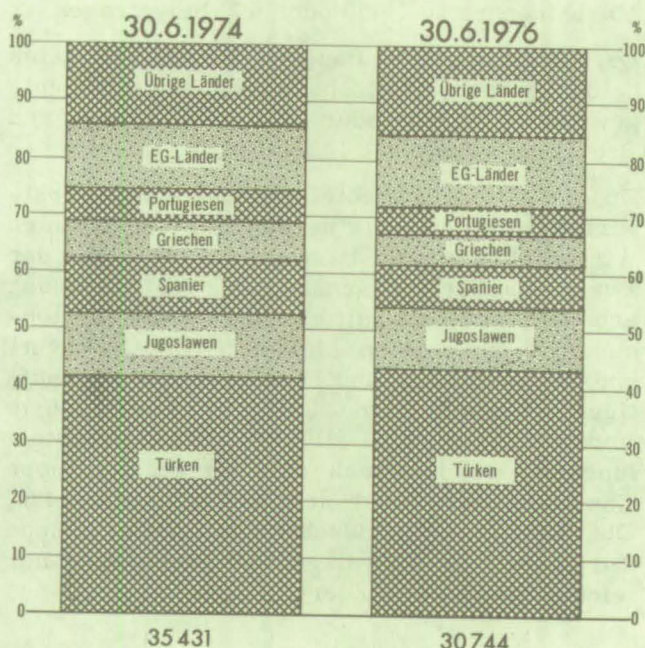
4) Hier wie auch im folgenden werden die Begriffe Arbeitsplätze und Beschäftigte synonym verwandt

Die relative Abnahme zum jeweiligen Stichtag des Vorjahres ist kontinuierlich zurückgegangen.

Wie 1974 stammten auch 1976 mehr als 40% aller ausländischen Beschäftigten aus der Türkei. Die zweitgrößte Gruppe sind die Jugoslawen (11%), an dritter Stelle folgen die Spanier (7,5%).

D - 4863

Ausländische Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein nach dem Herkunftsland



Der einschneidende Beschäftigungsrückgang hat sich auf alle bedeutenden Gastarbeiterländer erstreckt, allerdings in unterschiedlichen Ausmaßen. Als einzige Nationalität nahm die Zahl der beschäftigten Türken prozentual weniger ab als die der Ausländer insgesamt: 9,4% betrug der Rückgang gegenüber 1974; damit stieg der Anteil der Türken an allen Ausländern auf 43,4%. Die zweitniedrigste Abnahmerate wiesen die Jugoslawen auf. Gegenüber 1974 sank ihre Zahl um 17,1%. Die Gründe für den drastischen Rückgang von beschäftigten Portugiesen (- 23,3%), Griechen (- 27,4%) und Spaniern (- 33,0%) mögen nicht zuletzt politischer Natur sein. In allen drei Ländern sind in diesen Jahren autoritäre Regierungen durch demokratische ersetzt worden. Für nicht wenige Gastarbeiter mag das gerade in Zeiten eines stark rückläufigen Arbeitsplatzangebots in der Bundesrepublik ein Anreiz gewesen sein, in die Heimat zurückzukehren.

Abgesehen von einer leichten Verschiebung zugunsten des tertiären Sektors hat sich die

Verteilung der Arbeitsplätze für Ausländer auf die Wirtschaftsabteilungen nicht entscheidend geändert. Nach wie vor bietet das verarbeitende Gewerbe weitaus am meisten Beschäftigungsmöglichkeiten. Obwohl hier im Vergleich zu 1974 3 600 Ausländer weniger beschäftigt waren, stellt das verarbeitende Gewerbe immer noch mehr als 60% der Arbeitsplätze insgesamt. An zweiter Stelle folgen die anderen Dienstleistungen (15%), an dritter Stelle das Baugewerbe (6,5%).

Beschäftigte nach Alter und Geschlecht

Von den 679 549 versicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern am 30. Juni 1976 waren 266 303 Frauen (39%). Damit ist der Anteil der Frauen an allen Beschäftigten seit 1970 um zwei Punkte gestiegen.

Bei der Arbeitsstättenzählung 1970 wurde nicht nach dem Alter der Beschäftigten gefragt. Um die Altersgefüge 1970 und 1976 miteinander zu vergleichen, mußte daher auf die Ergebnisse der Volkszählung 1970 zurückgegriffen werden. Zwar werden hier die Erwerbstätigen am Arbeitsort nachgewiesen, jedoch nicht in einer ausreichenden Altersgliederung. Deshalb müssen die Erwerbstätigen am Wohnort herangezogen werden. Dies ist auch zulässig, weil die Altersstruktur des die Differenz bildenden Personenkreises - er entspricht dem (negativen) Pendlersaldo⁵ zwischen Schleswig-Holstein und den Nachbarländern Hamburg und Niedersachsen sowie Dänemark - nicht so erheblich von der aller Angestellten und Arbeiter abweicht, daß dadurch eine ins

Angestellte und Arbeiter nach der Altersgruppe in %

Altersgruppe	Von 100 erwerbstätigen Angestellten und Arbeitern waren am 27. 5. 1970 ... Jahre alt			Von 100 versicherungspflichtig Beschäftigten waren am 30. 6. 1976 ... Jahre alt		
	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt
unter 20	9,5	16,6	12,1	7,7	11,0	9,0
20 - 24	9,3	15,3	11,5	9,7	15,4	11,9
25 - 29	14,1	11,7	13,2	11,8	11,4	11,6
30 - 34	16,3	10,7	14,3	12,1	9,5	11,1
35 - 39	11,3	8,1	10,1	16,3	12,5	14,8
40 - 44	9,6	9,1	9,4	12,2	10,0	11,3
45 - 49	8,2	10,6	9,1	9,9	9,2	9,6
50 - 54	5,4	6,5	5,8	7,9	9,9	8,7
55 - 59	7,9	7,3	7,7	6,3	7,3	6,7
60 - 64	6,9	3,1	5,5	4,6	2,8	3,9
65 und mehr	1,4	1,0	1,3	1,5	0,9	1,3
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

5) Einpendler nach Schleswig-Holstein minus Auspendler aus Schleswig-Holstein ergibt einen negativen Pendlersaldo. Dieser muß von der Zahl der in Schleswig-Holstein wohnenden Erwerbstätigen abgezogen werden, um die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Schleswig-Holstein (= Beschäftigte) festzustellen

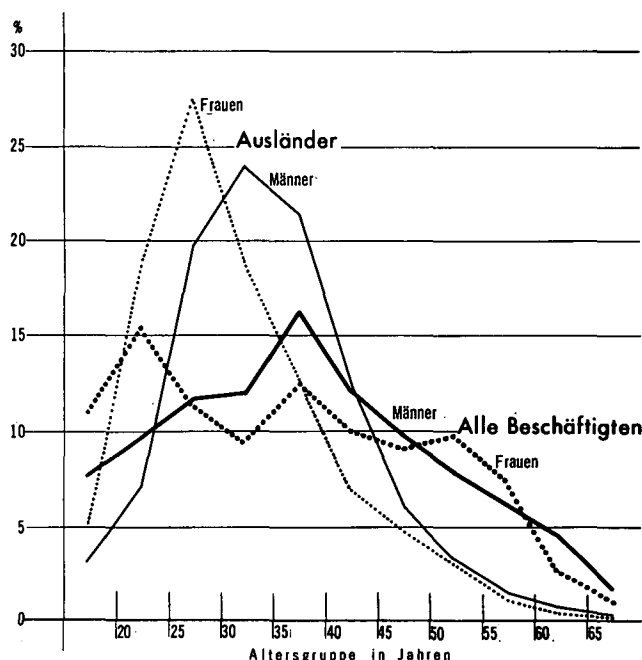
Gewicht fallende Verzerrung hervorgerufen werden könnte.

Die schon vor 1970 beobachtete rückläufige Tendenz in der Altersgruppe der unter 20jährigen hat sich weiter fortgesetzt. Besonders drastisch war der Rückgang bei den Frauen. Stärker als die Jugendarbeitslosigkeit macht sich hier die Bereitschaft zu längerer und qualifizierterer Schulausbildung bemerkbar. Der insbesondere bei den Männern 1976 erheblich geringer gewordene Anteil in den Altersgruppen 25 bis 29 und 30 bis 34 ist außer auf Arbeitslosigkeit auch auf die unterschiedliche Stärke der entsprechenden Geburtsjahrgänge zurückzuführen. 1970 gehörten die starken Jahrgänge der 1934 bis 1940 Geborenen hauptsächlich zur Altersgruppe der 30- bis 35jährigen, 1976 zu den 35- bis 40jährigen. Unterschiedlich starke Jahrgangsguppen sind auch wesentliche Ursache für die Veränderung der Anteile in den Altersgruppen bis 60. Die relativ geringe Besetzung der Altersgruppe der 60- bis 64jährigen ist dagegen insbesondere bei den Männern in erster Linie auf die 1973 eingeführte flexible Altersgrenze zurückzuführen.

Der Altersaufbau der beschäftigten Ausländer weicht erwartungsgemäß erheblich von dem aller Beschäftigten ab. Bei den männlichen Ausländern sind die unter 25jährigen weit weniger vertreten als bei der korrespondierenden Gesamtzahl, bei den Frauen trifft das nur für die unter 20jährigen zu. Stark überrepräsentiert sind dagegen die folgenden Altersgruppen der bis 39jährigen Männer und bis 34jährigen Frauen: 65% der männlichen und 66% der weiblichen Ausländer gehörten zu diesen Altersgruppen. Die ent-

D - 4862

Versicherungspflichtig Beschäftigte nach der Altersgruppe am 30.6.1976



sprechenden Anteile für alle Beschäftigten betragen 40% bzw. 36%. Wie bei den sehr jungen gibt es auch relativ wenige ältere beschäftigte Ausländer; die Altersklassen der über 45 Jahre alten Männer und der über 40 Jahre alten Frauen sind nur dünn besetzt.

Kreisergebnisse

In den folgenden Tabellen ist kreisweise die Beschäftigung in den Wirtschaftsbereichen

Versicherungspflichtig Beschäftigte in den Kreisen am 30.6.1976 nach dem Wirtschaftsbereich

KREISFREIE STADT Kreis	Beschäftigte insgesamt	Von 100 Beschäftigten gehörten zum Wirtschaftsbereich			
		Landwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Übrige Dienstleistungen
FLENSBURG	37 211	0,3	36,0	27,8	35,9
KIEL	108 330	0,2	36,2	22,5	41,1
LÜBECK	84 984	0,5	46,2	23,3	30,0
NEUMÜNSTER	29 343	0,4	49,6	24,5	25,4
Dithmarschen	28 988	4,0	46,0	20,1	29,9
Hzgt. Lauenburg	29 758	4,0	54,3	13,2	28,5
Nordfriesland	38 158	3,1	29,3	20,3	47,3
Ostholstein	42 475	4,5	35,0	18,0	42,4
Pinneberg	63 973	5,1	53,8	19,3	21,9
Plön	17 226	7,2	40,9	17,9	34,0
Rendsburg-Eckernförde	51 197	4,6	44,9	18,7	31,8
Schleswig-Flensburg	32 076	5,4	39,8	16,3	38,5
Segeberg	44 262	2,6	49,2	22,6	25,5
Steinburg	30 957	2,9	50,8	18,3	28,0
Stormarn	40 611	2,7	55,9	19,2	22,2
Schleswig-Holstein	679 549	2,6	44,1	20,7	32,6

und ihre Veränderung seit 1970 und 1974 dargestellt.

Für die Beschäftigten insgesamt und für den Wirtschaftsbereich Landwirtschaft fehlen die Vergleichszahlen von 1970. Da die Beschäftigten in der Landwirtschaft bei der Arbeitsstättenzählung 1970 nicht erhoben wurden und ein Rückgriff auf die Ergebnisse der

Volkszählung 1970 erhebliche methodische Probleme aufwirft - es wäre ja der in der Landwirtschaft beschäftigte meldepflichtige Personenkreis für 1970 zu schätzen -, ist hier auf diese Angaben verzichtet worden. Eine Schätzung dieser Ergebnisse für Kreise wäre unvermeidbar mit erheblichen Fehlern verbunden.

Veränderung des Beschäftigtenbestandes in den Kreisen am 30. 6. 1976 gegenüber 1970 und 1974 nach dem Wirtschaftsbereich in %

KREISFREIE STADT Kreis	Beschäftigte insgesamt	Land- wirtschaft	Produzierendes Gewerbe		Handel und Verkehr		Übrige Dienstleistungen	
	gegenüber 1974	gegenüber 1974	gegenüber 1970	gegenüber 1974	gegenüber 1970	gegenüber 1974	gegenüber 1970	gegenüber 1974
FLENSBURG	- 4,8	+ 1,6	- 14,2	- 8,0	+ 0,7	- 6,2	+ 9,5	- 0,3
KIEL	- 4,3	- 3,0	- 18,6	- 8,6	+ 10,0	- 5,3	+ 16,4	+ 0,3
LÜBECK	- 3,8	+ 0,3	- 18,2	- 5,1	- 11,1	- 5,5	+ 21,8	+ 0,4
NEUMÜNSTER	- 2,0	- 1,5	- 16,8	- 7,0	+ 4,7	+ 0,3	+ 3,3	+ 6,5
Dithmarschen	- 2,4	- 16,5	- 3,9	- 3,9	- 7,5	- 1,9	+ 6,4	+ 2,0
Hzgt. Lauenburg	- 3,2	- 5,8	- 4,8	- 6,9	- 12,1	+ 0,1	+ 24,7	+ 3,5
Nordfriesland	+ 3,1	+ 1,0	- 7,1	+ 1,5	- 0,1	+ 1,6	+ 24,7	+ 4,9
Ostholstein	- 0,4	- 9,1	- 8,6	- 5,1	+ 5,9	+ 0,9	+ 28,0	+ 4,2
Pinneberg	- 2,8	- 4,0	- 9,3	- 6,3	+ 10,9	+ 0,8	+ 19,0	+ 3,7
Plön	- 4,8	- 10,2	- 18,4	- 10,9	+ 6,3	- 2,0	+ 14,6	+ 3,3
Rendsburg-Eckernförde	- 2,9	- 10,9	- 7,8	- 5,5	+ 5,0	- 4,5	+ 13,6	+ 3,7
Schleswig-Flensburg	+ 0,9	- 10,4	- 5,7	- 0,9	- 3,3	+ 3,0	+ 16,8	+ 3,8
Segeberg	- 0,5	- 10,6	- 0,7	- 7,1	+ 49,8	+ 6,2	+ 45,8	+ 9,6
Steinburg	- 5,4	- 18,6	- 15,6	- 7,1	- 1,7	- 5,9	+ 21,7	- 0,2
Stormarn	- 1,3	- 11,3	+ 5,1	- 4,8	+ 28,8	+ 12,2	+ 18,5	- 1,1
Schleswig-Holstein	- 2,6	- 8,8	- 10,9	- 6,0	+ 4,6	- 1,6	+ 19,5	+ 2,3

Betrachtet man die Veränderungen der Anteile der Beschäftigten in der Landwirtschaft, so fällt auf, daß in allen Kreisen außer Nordfriesland die Beschäftigung in der Landwirtschaft seit 1974 abgenommen hat. In sieben von elf Kreisen ist die Veränderungsrate höher als 10%, im Kreis Steinburg ist fast jeder fünfte landwirtschaftliche Arbeitsplatz in nur zwei Jahren verschwunden.

Durchweg negativ waren auch die Veränderungen im produzierenden Gewerbe, sowohl im Vergleich zu 1970 wie auch zu 1974. Nur im Kreis Stormarn, der seit 1970 von allen Kreisen die zweithöchste Bevölkerungszunahme zu verzeichnen hatte - lediglich übertroffen vom Kreis Segeberg -, ist die Zahl der Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe gegenüber 1970 gestiegen. In Nordfriesland war in diesem Wirtschaftsbereich die Entwicklung seit 1974 noch leicht positiv. Besonders drastisch war der Rückgang in den kreisfreien Städten, in Plön und in Steinburg.

Per Saldo positiv ist die Entwicklung 1970 bis 1976 im Handel und Verkehr gewesen,

seit 1974 ist aber auch hier eine Abnahme zu verzeichnen. Die landesdurchschnittliche Zunahme von 4,6% seit 1970 ist jedoch wesentlich auf die sprunghafte Arbeitskräftenachfrage in den Kreisen Stormarn und vor allem Segeberg zurückzuführen, wo die Zahl der Beschäftigten sogar um 50% gestiegen ist. Dieses Wachstum vollzog sich überwiegend zwischen 1970 und 1974. Trotz zunehmender Arbeitslosigkeit bei den Angestelltenberufen ist in beiden Kreisen die Beschäftigung seit 1974 noch um 6% und 12% gestiegen. Das deutet darauf hin, daß die wirtschaftliche Entwicklung dieser Räume noch nicht abgeschlossen ist.

Ausnahmslos positiv waren die Veränderungen seit 1970 bei den übrigen Dienstleistungen. Insbesondere dieser Bereich des tertiären Sektors hat durch seine schon viele Jahre anhaltende Aufwärtsentwicklung manchem aus dem produzierenden Gewerbe Freigesetzten einen neuen Arbeitsplatz gewährt und so zu einem langsameren Abbau der Gesamtbeschäftigung beigetragen. Aber auch bei den übrigen Dienstleistungen zeigten sich seit 1974 rückläufige Tendenzen, wenn auch

die Mehrzahl der Kreise und kreisfreien Städte zum Teil kräftige Zuwächse aufweisen.

Die landesdurchschnittliche Abnahme der Gesamtbeschäftigung seit 1974 um 2,6% wurde von acht der fünfzehn Kreise und kreisfreien Städte übertroffen. Steinburg war der Kreis mit dem höchsten Rückgang, gefolgt von Plön, Flensburg, Kiel, Lübeck, Hztg. Lauenburg, Rendsburg-Eckernförde und Pinneberg. Überraschend positiv war die Entwicklung in Nordfriesland und Schleswig-Flensburg⁶. Eher als stagnierend denn als rückläufig läßt sich die seit 1974 eingetretene Veränderung der Beschäftigtenzahl in Ostholstein, Segeberg und - mit Abstrichen - Stormarn bezeichnen.

30 744 Ausländer waren Ende Juni 1976 in Schleswig-Holstein versicherungspflichtig beschäftigt, davon 20 632 Männer und 10 112 Frauen. Gegenüber 1970 (Arbeitsstättenzählung) ist der Anteil der Frauen an den beschäftigten Ausländern von 29% auf 33% geklettert. Da die Ausländerbeschäftigung seit 1970 stark angewachsen ist - bei der Arbeitsstättenzählung 1970 waren noch 2,5% aller Beschäftigten Ausländer, 1976 waren es 4,5% -, ist die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmerinnen überproportional gewachsen.

⁶ Die Gründe für die günstigen Ergebnisse dieser Kreise können erst genannt werden, wenn Kreis- und Gemeindeergebnisse in tieferer wirtschaftlicher Untergliederung vorliegen.

Anteil der Ausländer an den versicherungspflichtig Beschäftigten in den Kreisen am 30. 6. 1976

Kreis	Anteil der Ausländer in %	Kreis	Anteil der Ausländer in %
KREISFREIE STADT			
FLensburg	5,0	Pinneberg	8,5
KIel	4,2	Plön	2,3
LÜBECK	6,4	Rendsburg-Eckernförde	2,5
NEUMÜNSTER	4,2	Schleswig-Flensburg	1,6
		Segeberg	6,0
Dithmarschen	1,1	Steinburg	3,3
Hztg. Lauenburg	5,4	Stormarn	6,1
Nordfriesland	1,9		
Ostholstein	3,0	Schleswig-Holstein	4,5

Der Anteil der ausländischen Beschäftigten streut von Kreis zu Kreis erheblich. Mit 1,1% ist Dithmarschen der Kreis mit der niedrigsten Ausländerquote, Pinneberg liegt mit 8,5% an der Spitze. Über dem Landesdurchschnitt liegt der Anteil der Ausländer ferner in den kreisfreien Städten Flensburg und Lübeck - in Kiel und Neumünster liegt er knapp darunter - sowie in den übrigen Hamburger Randkreisen Segeberg, Stormarn und Hztg. Lauenburg, deutlich unter dem Landesdurchschnitt dagegen an der strukturschwachen Westküste und im Landesteil Schleswig.

Jörg Rüdell

Die Beherbergungskapazität für den Fremdenverkehr

Im Jahre 1977 ist die Beherbergungskapazität für den Fremdenverkehr weiter angestiegen. In den 159 Gemeinden, die in Schleswig-Holstein zur Fremdenverkehrsstatistik berichten, halten jetzt 3 800 Betriebe und 27 100 Privatquartiere insgesamt 247 000 Betten für Urlauber und Geschäftsreisende bereit. Dazu kommen noch 5 800 Betten in 39 Jugendherbergen und 7 900 Betten in 78 Kinderheimen.

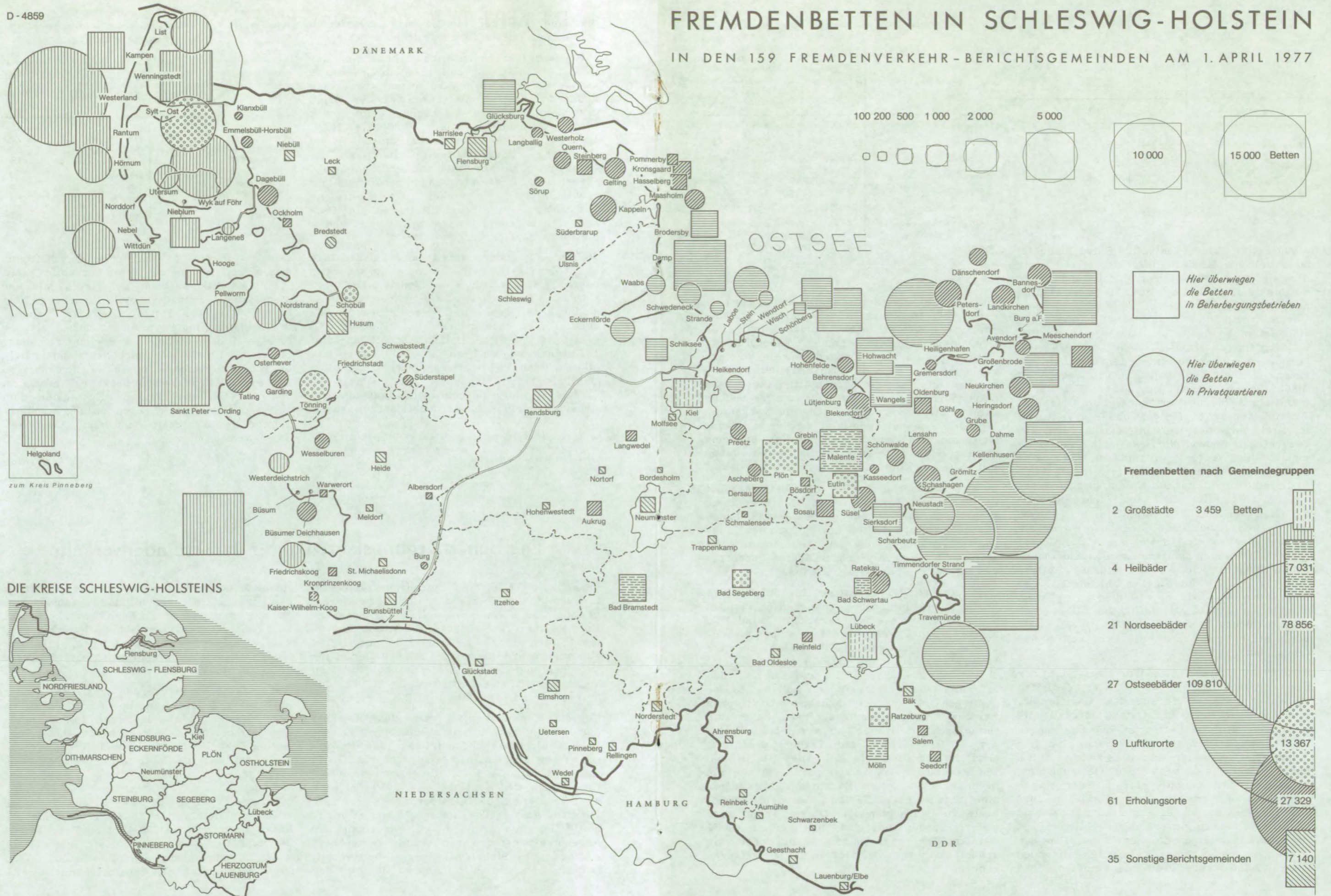
Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der Betten jedoch nur geringfügig erhöht. In den Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren sind es in diesem Jahr rund 1 000 Betten mehr als 1976. Betrachtet man die Entwicklung der Kapazität seit 1950, so wird man feststellen, daß dies der bisher geringste jährliche Anstieg der Bettenzahl war. Gleichzeitig hat sich damit die Abschwächung der Angebotsexpansion nach dem Bettenboom Anfang der siebziger Jahre fortgesetzt. Dadurch besteht die Chance, daß in der

Hauptsaison dieses Sommers die Nachfrage das Angebot wieder vollständig ausschöpft. Bereits im vergangenen Fremdenverkehrsjahr war die durchschnittliche Bettenbelegung wieder auf 100 Tage angestiegen. 1972 war jedes Bett im Durchschnitt nur 90 Tage belegt gewesen.

Die meisten Betten werden seit 1976 wieder in Privatquartieren angeboten. 1977 sind es 125 000, das sind 1 600 oder 1% mehr als im Vorjahr. In den Beherbergungsbetrieben ist die Zahl der Betten dagegen leicht zurückgegangen. Am 1. April 1977 befanden sich dort 122 000 Gästebetten. Davon entfielen auf die Betriebsart "Ferienhäuser und Ferienwohnungen" allein 47 000 Betten. Dahinter folgen die Hotels mit 25 000 Betten und die Hotels garni mit 24 000 Betten. Etwa 10 000 Betten befinden sich in Pensionen, weitere 8 000 in Erholungsheimen. Den Schluß bilden die Gasthäuser und die Sanatorien mit jeweils



FREMDENBETTEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

IN DEN 159 FREMDENVERKEHR-BERICHTSGEMEINDEN AM 1. APRIL 1977

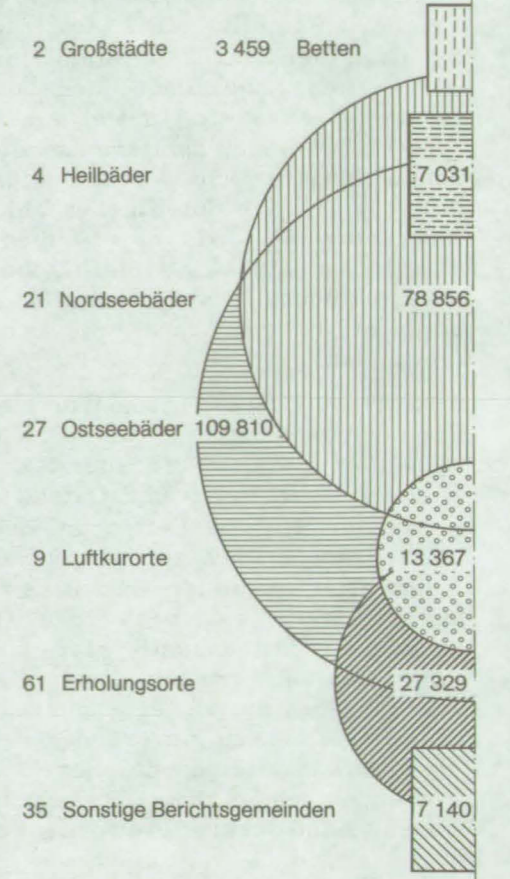



 Helgoland
 zum Kreis Pinneberg



 Hier überwiegen die Betten in *Beherbergungsbetrieben*
 Hier überwiegen die Betten in *Privatquartieren*

Fremdenbetten nach Gemeindegruppen



Die Beherbergungskapazität am 1. April 1977

	Unterkünfte	Betten	
		absolut	Veränderung gegenüber 1976 in %
Beherbergungsgewerbe	3 776	122 002	- 1
Privatquartier	27 119	124 990	+ 1
Zusammen	30 895	246 992	0
außerdem			
Jugendherberge	39	5 790	+ 3
Kinderheim	78	7 862	- 2
Zeltplatz	224		

4 000 Betten. Eine rückläufige Entwicklung ist auch bei den Kinderheimen anzutreffen, nur daß sie hier schon längere Zeit anhält. In diesem Jahr werden noch 78 Kinderheime mit 7 900 Betten geführt. Gegenüber dem Vorjahr sind dies 6 Kinderheime und rund 100 Betten weniger. Im Unterschied zu den Kinderheimen befinden sich die Jugendherbergen wieder in einem leichten Aufwind. Zwar ist ihre Zahl konstant geblieben, mit 5 800 Betten stehen jetzt aber 200 Betten mehr als 1976 zur Verfügung. Vom Camping-Bereich ist zu berichten, daß ein Zeltplatz in Kiel aufgelöst worden ist. In den 159 Berichtsgemeinden gibt es jetzt 224 Zeltplätze. Sie verfügen zusammen über eine Stellfläche von rund 6 Mill. m². In wie viele Stellplätze für Zelte und Campingwagen diese Fläche aufgeteilt wird, ist nicht bekannt, da das Merkmal "Stellplatz" nicht erhoben wird. Diese Zahl läßt sich aber schätzen. Dabei ist etwa ein Drittel eines Zeltplatzes für Anfahrtswege, sanitäre Anlagen und andere Einrichtungen, wie Verkaufskioske, Aufenthaltsräume oder Spielflächen abzusetzen. Von insgesamt 6 Mill. m² bleiben also noch 4 Mill. m² als reine Stellfläche. Bei einer angenommenen Fläche von 100 m² je Stellplatz ergibt sich dann eine Zahl von 40 000 Stellplätzen.

In Schleswig-Holstein konzentriert sich der Fremdenverkehr auf die Seebäder. Folglich stehen hier auch die meisten Gästebetten. 1977 verfügen Nord- und Ostseebäder zusammen über 189 000 Betten in Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren. Das sind drei Viertel des gesamten Bettenangebots. 110 000 Betten davon stehen in den Ostseebädern, womit die Ostseeküste klar an der Spitze aller Gemeindegruppen liegt. Zwischen 1974 und 1977 ist die Beherbergungskapazität dort allerdings nahezu unverändert geblieben, da die Überkapazitäten, die durch den Bau der Ferienzentren entlang der Küste entstanden waren, erst verkraftet werden mußten. 1977

Die Beherbergungskapazität in den Gemeindegruppen am 1. April 1977

Gemeindegruppe	Betten		darunter in Beherbergungsbetrieben	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Großstädte	3 459	1,4	3 459	100
Heilbäder	7 031	2,8	5 284	75,2
Nordseebäder	78 856	31,9	36 683	46,5
Ostseebäder	109 810	44,5	54 864	50,0
Luftkurorte	13 367	5,4	4 909	36,7
Erholungsorte	27 329	11,1	10 579	38,7
Sonstige Berichtsgemeinden	7 140	2,9	6 224	87,2
Insgesamt	246 992	100	122 002	49,4

ist die Zahl der Betten sogar etwas zurückgegangen. Dies ist allein darauf zurückzuführen, daß manche Ferienzentren und Großanlagen damit begonnen haben, einen Teil ihrer Ferienwohnungen einzeln zu verkaufen. So hat sich die Kapazität der Ferienzentren in Burg auf Fehmarn, Damp und Sierksdorf um rund 1 600 Betten gegenüber dem Vorjahr verringert. Ob die verkauften Wohnungen wieder vermietet werden und damit weiterhin dem Fremdenverkehr zur Verfügung stehen, wird sich erst im Laufe der Saison mit Hilfe der Kurtaxbelege feststellen lassen.

In den Nordseebädern ist das Bettenangebot im Unterschied zu den Ostseebädern kontinuierlich ausgeweitet worden. 1977 sind jedoch nur noch wenige Betten hinzugekommen. Insgesamt verfügen die 21 Gemeinden, die statistisch zu den Nordseebädern gerechnet werden, jetzt über 79 000 Betten.

Der geringe Bettenanstieg im Jahre 1977 deutet darauf hin, daß in manchen Gemeinden die Kapazitätsreserven erschöpft sind. So z. B. in Sankt Peter-Ording, wo das Beherbergungsangebot seit 1973 nahezu konstant zwischen 10 000 und 11 000 Betten liegt, obwohl die Zahl der Gäste, die ihren Urlaub in Sankt Peter verbringen wollen, weiter gestiegen ist. Von der wachsenden Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage haben die Gemeinden im Hinterland von Sankt Peter, wie z. B. Garding und Tating, profitiert. Dort ist nämlich die Zahl der Gäste und Übernachtungen im Durchschnitt stärker als in den traditionellen Badeorten angestiegen, eine Entwicklung, die auch an der Ostseeküste zu beobachten ist. Dieser Trend wird dadurch begünstigt, daß die meisten Gäste mit Kraftfahrzeugen anreisen, mit denen sie schnell von ihrem Quartier an die See gelangen können.

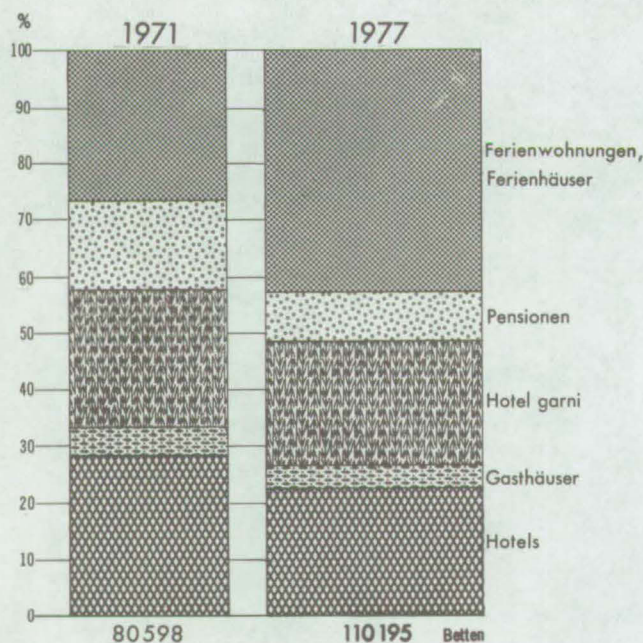
In den beiden Großstädten Kiel und Lübeck hat sich das Beherbergungsangebot schon seit längerer Zeit nicht mehr nennenswert geändert. Anfang 1977 wurden dort 3 500 Betten angeboten. Das sind 1,4% des registrierten Gesamtbettenbestandes in Schleswig-Holstein.

Die Heilbäder verzeichneten ebenfalls nur eine geringe Änderung des Bettenbestandes gegenüber dem Vorjahr. Mit 7 000 Betten haben sie einen Anteil von 2,8% an der gesamten Kapazität.

In den übrigen Gemeindegruppen ist die Kapazität dagegen weiter ausgedehnt worden. In den Erholungsorten nahm der Bettenbestand um rund 800 Betten zu und erhöhte sich damit auf 27 000 Betten. Die Luftkurorte haben ihre Kapazität um 500 auf 13 000 Betten vermehrt. In den sonstigen Berichtsgemeinden stehen mit 7 100 Betten jetzt 2,2% mehr als 1976. Die Zunahme des Bettenangebots entspricht damit ungefähr der Nachfrageentwicklung im letzten Sommerhalbjahr.

Anteile der Betriebsarten am gewerblichen Bettenangebot

D - 4860



In den vergangenen Jahren hat sich die Struktur des Beherbergungsbereichs durch den Bau der Ferienzentren entscheidend gewandelt. Bildeten 1971 noch die Hotels die stärkste Anbietergruppe, so lagen 1977 die Ferienwohnungen und Ferienhäuser weit an der Spitze aller Unterkunftsarten. Andererseits haben die Pensionen immer mehr an Bedeutung verloren. Dies liegt daran, daß Familien mit Kindern in Ferienwohnungen im allgemeinen billiger leben als in Pensionen.

Um weiter existieren zu können, haben zahlreiche Inhaber von Pensionen ihren Betrieb zu Ferienwohnungen umgebaut oder führen ihn jetzt als Hotel garni. Dadurch ermäßigen sich die Kosten für den Aufenthalt eines Gastes um den Verpflegungssatz, der in Pensionen wegen der verhältnismäßig geringen Zahl von Gästen recht hoch ist. Manche Pensionsinhaber haben den Übergang zum Hotel garni gewählt, weil er keine Umbauten erforderlich macht. Es fragt sich jedoch, ob das Hotel garni dem Wettbewerb mit den Ferienwohnungen auf die Dauer gewachsen ist. Da nämlich der Gast im Hotel garni nur frühstücken kann, ist er gezwungen, die übrigen Mahlzeiten in einem Gastronomiebetrieb einzunehmen. Sein Budget wird folglich stärker belastet, als wenn er sich selbst beköstigen würde. Auf der anderen Seite hat der Aufenthalt in einer Ferienwohnung den Nachteil, daß ein Teil des Urlaubs für den Einkauf von Nahrungsmitteln und für die Küchenarbeiten aufgezehrt wird, wodurch die Urlaubsfreuden ein wenig getrübt werden.

Auch 1977 ging die Zahl der Betten in Pensionen weiter zurück. Der Bettenanteil liegt jetzt bei 8%. 1971 befanden sich noch 14% aller Betten in Pensionen. Im Gegensatz dazu ist die Zahl der Betten in Hotels, Gasthäusern und Hotels garni seit 1971 gestiegen. Da der Zuwachs jedoch unter dem Durchschnitt lag, ist auch der Anteil dieser drei Beherbergungsarten geschrumpft. Eine Anteilserhöhung erreichten neben den Ferienwohnungen nur die Sanatorien. 1977 freilich ging der Bettenbestand in Sanatorien infolge der angespannten Finanzlage bei den Versicherungsträgern gegenüber dem Vorjahr um 10% zurück, wobei allerdings nur die Schließung der Kurklinik in Bad Segeberg ins Gewicht fällt. Wie die Sanatorien haben auch die Erholungsheime ihren Bettenbestand gegenüber 1976 reduziert. Im Vergleich zu 1971 wurden 1977 jedoch noch immer fast 400 Betten mehr angeboten.

Die Beherbergungsstruktur einer Gemeinde oder Gemeindegruppe entspricht meist einer bestimmten Nachfragestruktur. So sind in den Städten vornehmlich Hotels, Hotels garni und Gasthäuser anzutreffen, da Geschäfts- und Durchgangsreiseverkehr dominieren. Der Ferienreiseverkehr konzentriert sich demgegenüber vor allem auf Ferienwohnungen und Privatquartiere. Folglich geben diese Betriebsarten in den Seebädern, wo die Feriengäste vorherrschen, den Ton an.

Der im Vergleich zu den anderen Bundesländern große Anteil der Betten in Privatquartieren hängt mit der ausgeprägten Fremdenverkehrssaison in Schleswig-Holstein zusammen. Sie erfordert einen hohen Betten-

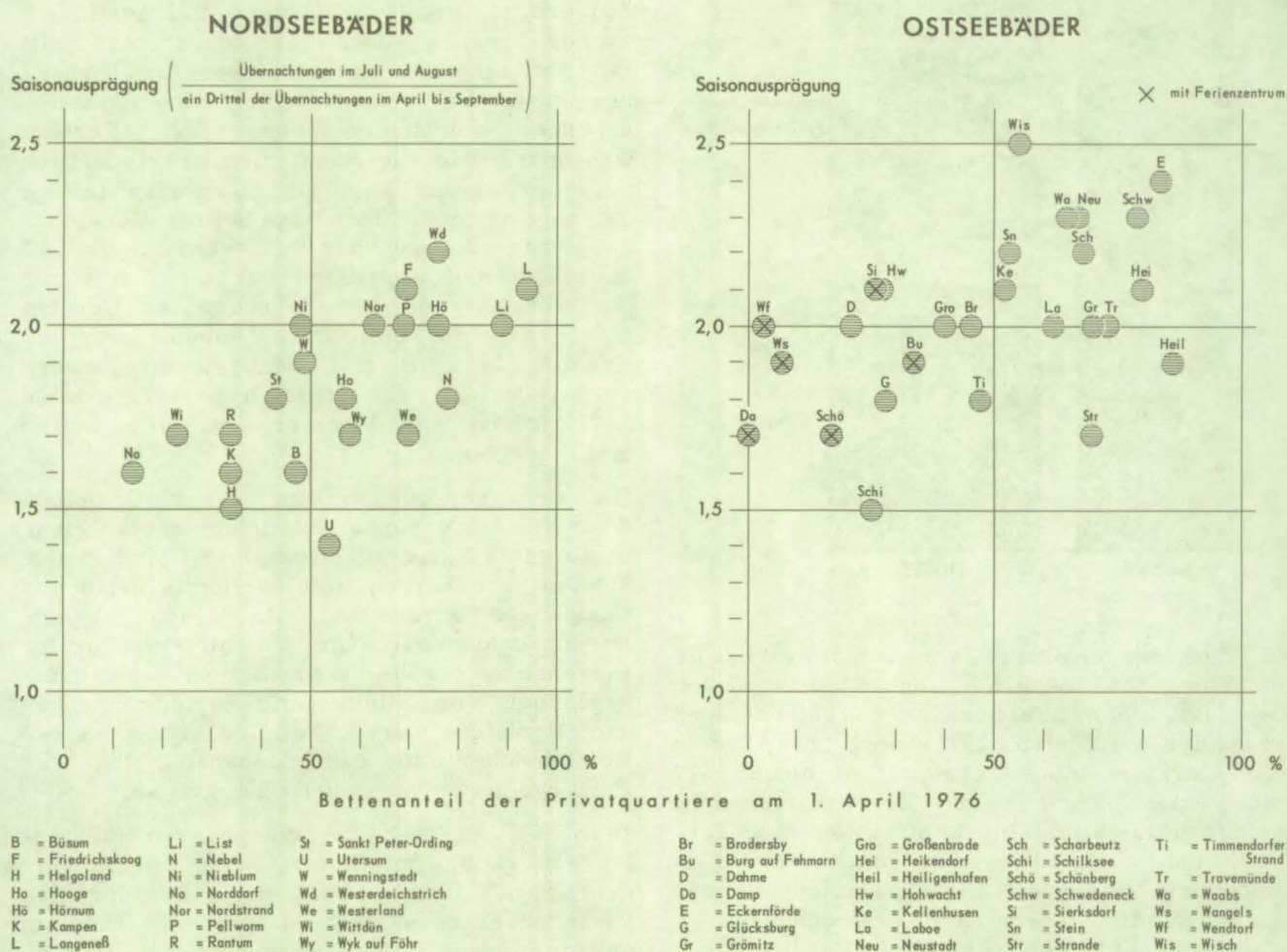
bestand, der aber nur für kurze Zeit genutzt wird. Die Folge ist, daß die Kosten und damit die Preise für eine Übernachtung im Durchschnitt höher sein müssen als in Regionen mit einer längeren Saison. Würden alle Betten von Beherbergungsbetrieben angeboten werden, müßten viele Betriebe schon nach kurzer Zeit aufgeben, da sie nicht konkurrenzfähig wären. Die Privatquartiere können sich dagegen halten, weil ihre Kosten verhältnismäßig gering sind. Ihre Bedeutung liegt folglich darin, daß sie den Teil der Nachfrage befriedigen, der ohne ihre Existenz an andere Fremdenverkehrsregionen verlorengehen würde.

Wie zwischen den Bundesländern gibt es auch zwischen den Gemeinden Schleswig-Holsteins hinsichtlich des Anteils der Privatquartiere große Unterschiede. Diese Unterschiede sind vor allem historisch bedingt. So verfügen Gemeinden, die auf eine lange Tradition als Badeort zurückblicken können, meist auch

über ein weit entwickeltes Beherbergungsgewerbe. Welche Gründe auch immer bei der unterschiedlichen Ausstattung mit Beherbergungsbetrieben mitgespielt haben mögen, es zeigt sich, daß in Gemeinden mit überdurchschnittlich vielen Betten in Privatquartieren die Saison stärker ausgeprägt ist. Zugleich ist aber die ausgeprägte Saison die Folge des hohen Bettenanteils der Privatquartiere. Einmal hat nämlich ein großer Teil der Gäste in Privatquartieren Kinder im schulpflichtigen Alter, wodurch diese Gäste an die Schulferien gebunden sind. Meist ist auch in den Gemeinden, wo der Anteil der Privatquartiere besonders hoch ist, die Infrastruktur im Vergleich zu anderen Fremdenverkehrsorten nicht so weit entwickelt. Die Vermieter haben es dann schwer, mehr Gäste für die Vor- und Nachsaison zu gewinnen. Auf der anderen Seite sind die Privatvermieter nicht wie die Beherbergungsbetriebe auf eine Belegung der Betten außerhalb der Hauptsaison angewiesen, da die Zimmervermietung für

D - 4861

Beherbergungsstruktur und Saisonausprägung 1976



sie einen Nebenerwerb darstellt. Sie werden daher auch weniger für eine Saisonverlängerung tun. In welcher Beziehung der Bettenanteil der Privatquartiere und der Saisonverlauf in den Nord- und Ostseebädern stehen, geht aus der vorstehenden Grafik hervor.

Die Saisonausprägung wird hier durch das Verhältnis der Übernachtungen in den Monaten Juli und August 1976 zu einem Drittel der Übernachtungen im Sommerhalbjahr 1976 ausgedrückt. Je größer dieser - immer über 1 liegende - Wert ist, um so stärker konzentriert sich der Fremdenverkehr auf die Monate Juli und August.

Von den Nordseebädern passen drei Gemeinden nicht so recht in das Schema der Beziehung zwischen Saisonausprägung und Beherbergungsstruktur, und zwar Utersum wegen der verhältnismäßig flachen Saisonkurve, Norddorf und Wittdün wegen der relativ geringen Zahl an Betten in Privatquartieren. Daß der Fremdenverkehr in Utersum sich weniger stark auf Juli und August konzentriert als in anderen Gemeinden, liegt an dem Sanatorium der Bundesversicherungsanstalt. Wegen seines hohen Bettenanteils beeinflusst es den Verlauf des Fremdenverkehrs dort beträchtlich.

In den Ostseebädern ist der Zusammenhang zwischen Saisonverlauf und Beherbergungsstruktur weniger stark ausgeprägt als in den Nordseebädern (im Bild: die Punkte liegen weniger dicht beisammen). Außerdem ist der Bettenanteil der Privatquartiere trotz einer ausgeprägteren Saison im Durchschnitt geringer. Die Ursache hierfür sind die Ferienzentren. Da sie mit Ausnahme von Heiligenhafen dem Beherbergungsgewerbe angehören, ist der Bettenanteil der Privatquartiere in der Gemeindegruppe Ostseebäder kleiner, als er ohne die Ferienzentren wäre. Durch den angekündigten, teils schon erfolgten Verkauf

von Ferienwohnungen wird sich der Anteil jedoch erhöhen, so daß auch bei den Ostseebädern die bei den Nordseebädern aufgezeigte Beziehung gültig ist. Für die betreffenden Orte und Ferienzentren wird der Verkauf von Ferienwohnungen im obigen Diagramm eine Rechtsverschiebung parallel zur waagerechten Achse zur Folge haben. Dadurch wird sich der Zusammenhang zwischen Saisonverlauf und Beherbergungsstruktur in der Gruppe der Ostseebäder verstärken. Gleichzeitig werden sich die Orte aber wohl auch nach oben verschieben, da anzunehmen ist, daß es nicht mehr gelingen wird, die überdurchschnittlich hohe Bettenbelegung der Ferienzentren aufrechtzuerhalten, wenn die Vermietung nicht mehr zentral durch eine Gesellschaft betrieben wird.

Daß auch bei geringem Anteil der Privatquartiere die Saison sehr ausgeprägt sein kann, zeigen die Beispiele Dahme und Hohwacht. Obwohl in diesen beiden Gemeinden der Anteil der Betten in Privatquartieren nur 21 bzw. 27% beträgt, ist die Saisonausprägung mit einem Faktor von 2,0 bzw. 2,1 verhältnismäßig stark.

Von den Ostseebädern weist Schilksee die geringste Saisonspitze auf. Hierfür gibt es verschiedene Gründe. Einmal sorgt die Kieler Woche im Juni für eine Abflachung der Saison, zum anderen lockt das Olympiazentrum auch zahlreiche Geschäftsreisende und Durchgangsgäste an. Die Kieler Woche ist auch der Grund, warum in Strande die Saisonkurve recht flach verläuft. Glücksburg profitiert dagegen vom Geschäftsreiseverkehr der Stadt Flensburg.

Karlheinz König

Nähere Angaben siehe Stat. Bericht G IV 2. Vergleiche auch "Die Beherbergungskapazität im Jahre 1974" in dieser Zeitschrift, Heft 9/1974, S. 206

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1 - 5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null
- 0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos
- ... = Zahlenwert noch nicht bekannt

Ausländer

Während und nach dem letzten Krieg strömten große Massen von Ausländern freiwillig und unfreiwillig nach Schleswig-Holstein. Im Herbst 1945 lebten in Lagern fast 100 000 sog. Displaced Persons, die zu einem großen Teil auf Rückkehr in die Heimat oder Ausreise nach Amerika oder einem anderen Land ihrer Wahl warteten. Diese "entwurzelten" Ausländer wurden von der United Nations Relief and Rehabilitation Association (UNRRA) und später von der IRO, der International Refugee Organization, betreut. Im April 1952 wurden die Lager in deutsche Hände übergeben. Mittlerweile war die ausländische Lagerbevölkerung erheblich gesunken; Anfang Oktober 1952 waren es noch knapp über 3 000 Personen. Ein Teil von ihnen ist im Lande geblieben. Immer noch leben hier Esten, Letten, Litauer und Polen und andere heimatlose Ausländer, die inzwischen Eingebürgerten nicht gerechnet.

Vom Herbst 1952 an läßt sich somit eine Konsolidierung feststellen. Anfang 1955 war die Ausländerzahl auf 12 400 gesunken. Wieweit dabei die umgestaltete Erfassungsweise mitspricht, läßt sich heute nur schwer abschätzen. Bis 1960 änderte sich kaum etwas. Dann freilich nahm die Ausländerzahl sprunghaft zu. Binnen weniger Jahre schnellte sie auf mehr als 30 000. Die Rezession der Jahre 1966/67 trieb die Zahl wieder unter die 30 000-Marke. Doch ab 1969 vollzog sich, mit dem wirtschaftlichen Aufschwung einhergehend, wieder ein äußerst rasches Anwachsen der Ausländerzahlen. Die Tabelle zeigt, wie stark der wirtschaftliche Aufschwung der Nachkriegszeit die Ausländerzahl beeinflusst hat. Dargestellt sind

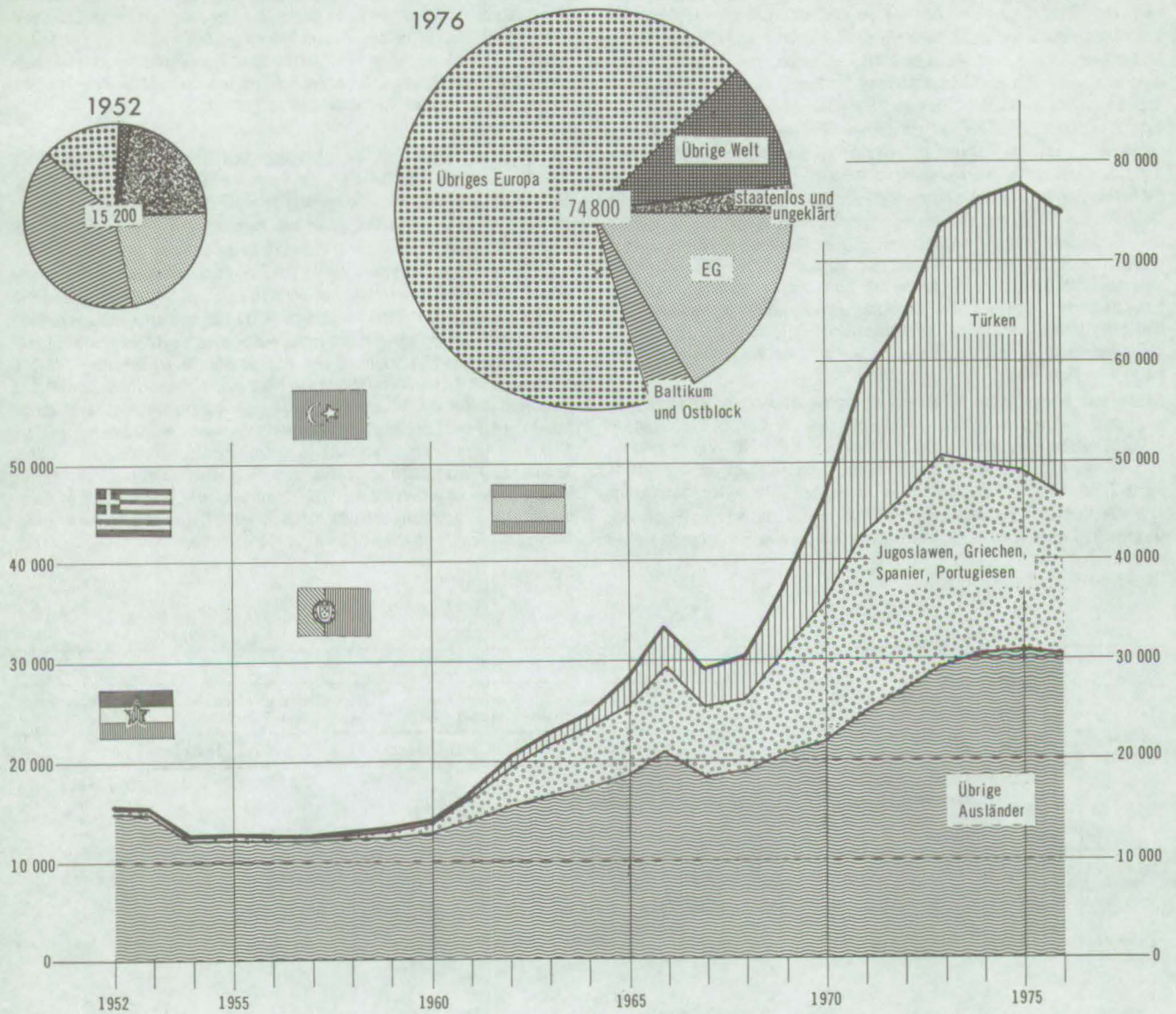
die sieben Ausländergruppen, die heute am häufigsten unter der schleswig-holsteinischen Wohnbevölkerung anzutreffen sind. Ihr Heimatstaat ist die Türkei, Jugoslawien, Dänemark, Spanien, Griechenland, Italien und Portugal. Die sechs Länder außer Dänemark sind neben Tunesien und Marokko jene, in denen von der Bundesanstalt für Arbeit ausländische Arbeitskräfte angeworben wurden. Die Zahl der Ausländer aus den in der Tabelle aufgeführten sechs Anwerbeländern stieg seit Anfang der sechziger Jahre gewaltig an, besonders die der Türken.

Im November 1973 wurden die Auslandsdienststellen der Bundesanstalt für Arbeit angewiesen, die Anwerbetätigkeit einzustellen. Lediglich das EG-Land Italien war ausgenommen. Die Auswirkungen dieses Anwerbestopps sind deutlich: Die Zahl der Jugoslawen, Spanier, Griechen und Portugiesen ist seitdem gesunken. Lediglich die Türken und die Italiener konnten ihre Zahl von 1973 etwas erhöhen. Aber auch hier hat sich eine rückläufige Entwicklung angebahnt.

Die Grafik veranschaulicht das Ausmaß der Veränderungen an Zahl und Zusammensetzung der Ausländerpopulation. Die Balten und übrigen Osteuropäer sowie die Staatenlosen und Ausländer ungeklärter Staatsangehörigkeit machten 1952 noch weit mehr als die Hälfte der nichtdeutschen Bevölkerung aus. Heute dominieren andere Nationen. Die Ausländer, die heute in Schleswig-Holstein wohnen, leben hauptsächlich wegen ihrer Arbeit oder Ausbildung hier.

Stichtag	Ausländer insgesamt	Türken	Jugoslawen	Dänen	Spanier	Griechen	Italiener	Portugiesen	Übrige
1. 10. 1952	15 235	19	446	2 102	32	42	356	3	12 235
1. 10. 1953	15 067	26	425	2 147	32	48	352	3	12 034
31. 12. 1954	12 405	30	445	1 992	25	39	320	2	9 552
30. 9. 1955	12 433	26	390	1 923	28	38	365	3	9 660
31. 12. 1956	12 410	34	352	1 850	42	29	324	-	9 779
31. 12. 1957	12 298	54	342	1 815	47	55	361	-	9 624
31. 12. 1958	12 700	60	438	1 918	54	76	396	-	9 758
31. 12. 1959	12 972	70	455	1 868	66	120	452	-	9 941
31. 12. 1960	13 821	72	392	2 008	305	326	728	-	9 990
31. 12. 1961	16 344	276	422	2 302	1 014	628	1 237	39	10 426
31. 12. 1962	20 042	592	514	2 655	2 144	1 484	1 641	63	10 949
31. 12. 1963	22 371	834	521	3 076	2 758	1 930	1 540	108	11 604
30. 6. 1964	24 276	1 242	528	2 982	3 156	2 175	1 801	151	12 241
30. 6. 1965	27 945	2 502	605	3 237	3 661	2 363	2 138	463	12 976
30. 6. 1966	33 004	3 803	799	3 494	4 441	2 708	2 758	752	14 249
30. 9. 1967	29 121	3 691	1 008	2 653	3 357	2 163	2 130	704	13 415
30. 9. 1968	30 058	4 103	1 336	2 710	3 251	1 933	2 191	789	13 745
30. 9. 1969	37 167	6 591	2 661	2 861	3 854	2 733	2 674	1 062	14 731
30. 9. 1970	45 978	10 256	4 937	2 960	4 279	3 676	2 856	1 463	15 551
31. 12. 1971	57 682	15 375	6 206	3 328	5 396	4 370	2 999	1 954	18 054
30. 9. 1972	63 339	17 531	6 567	3 974	5 977	4 553	2 998	2 242	19 497
30. 9. 1973	73 203	22 909	7 485	3 924	6 473	4 418	3 279	2 845	21 870
30. 9. 1974	75 978	26 259	7 104	3 898	5 501	4 148	3 412	2 920	22 736
30. 9. 1975	77 275	28 368	6 868	4 108	4 736	3 806	3 371	2 868	23 150
30. 9. 1976	74 847	28 451	6 300	4 083	3 999	3 347	3 326	2 702	22 639

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte A I 4 (Ausländer)



Zur Methode

Als Ausländer sind jene gezählt, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 GG sind. Ausländer sind auch die Staatenlosen und die Personen ungeklärter Staatsangehörigkeit. Deutsche, die zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, gehören nicht zu den Ausländern. Nicht mitgezählt sind die Mitglieder der Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen und konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik samt ihrer Familienangehörigen.

Die Zahlen für 1952 und 1953 entstammen Meldungen der Ausländerzentalkartei beim Landeskriminalamt in Kiel. Die Kartei wurde 1954 an das Büro für Aufenthaltsgenehmigungen beim Bundesminister des Innern überführt. Auf Grund eines

Beschlusses der Kommission zur Rationalisierung der Statistik für Schleswig-Holstein befragte das Statistische Landesamt ab 1954 die Ausländerbehörden der Kreise und kreisfreien Städte. Nach den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur Ausführung des 1965 erlassenen Ausländergesetzes waren die Ausländerbehörden verpflichtet, einmal jährlich die Zahl der in ihrem Bereich wohnenden Ausländer auf einem bestimmten Formblatt zu melden. Diese Meldungen wurden von 1967 bis 1971 vom Statistischen Landesamt ausgewertet. Ab 1972 stammen die Zahlen aus dem beim Bundesverwaltungsamt geführten Ausländerzentralregister. Das Bundesverwaltungsamt überläßt dem Statistischen Bundesamt Individualsätze zur tabellarischen Auswertung, auch für die Länder.

Studenten

Im Wintersemester 1946/47 studierten an der Universität Kiel rund 3 000 Studenten. Das sind mehr als viermal soviel als im letzten Wintersemester vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Mit 3 350 Studenten im Wintersemester 1948/49 erreichte die Zahl der Immatrikulationen unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg einen vorläufigen Höchststand. Diese Zunahme der Studentenzahlen hatte vor allem zwei Gründe: erhebliche Zunahme der Bevölkerung des Landes durch den Flüchtlingsstrom, und großer Nachholbedarf vieler Studienberechtigter, die das Studium wegen des Krieges lange zurückstellen mußten. Indem diese Jahrgänge dann ausschieden und auch infolge Abnahme der Bevölkerung durch Abwanderung und Umsiedlung entwickelte sich die Studentenzahl bis zum Wintersemester 1954/55 rückläufig. Seitdem ist ein stetiger Anstieg der Studentenzahlen zu registrieren, wenn man von zwei geringfügigen Einschnitten absieht. Von knapp 2 000 Studierenden im Wintersemester 1954/55 auf gut 12 000 Studierende im Wintersemester 1975/76 hat sich die Zahl der Studenten im Universitätsbereich innerhalb von 20 Jahren versechsfacht: nicht zuletzt wegen der Erweiterung des Hochschulzugangs und Verlängerung der Studiendauer. Bemerkenswert erscheint noch die kräftige Zunahme der Studierenden um 13 % im Wintersemester 1966/67. Das kann durch das Kurzschuljahr erklärt werden, das sich durch die Umstellung des Versetzungstermins ergab und innerhalb eines Halbjahres zwei Schuljahrgänge zur Hochschulreife brachte. Immer mehr Frauen studieren: der Anteil der Studentinnen ist von 21 % im Wintersemester 1945/46 auf 35 % im Wintersemester 1975/76 gestiegen.

Relativ noch stärker als bei der Universität war die Zunahme der Studierenden an den beiden pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg; von knapp 500 Studenten im Wintersemester 1948/49 auf rund 4 200 im Wintersemester 1975/76, wobei nach einer Verdoppelung der Studentenzahlen nach jeweils 10 Jahren (1960, 1970) besonders der kräftige Anstieg seit 1970 auffällt. Dabei kehrte sich das Verhältnis der studierenden Männer zu den studierenden Frauen um. Machten die Frauen 1948/49 nur 40 % der Studierenden aus, erreichten die Männer

1975/76 knapp diesen Anteil. Die hohe Zuwachsrate der Studenten von 56 % im Wintersemester 1964/65 gegenüber dem Wintersemester 1963/64 erklärt sich daraus, daß ab 1. 4. 1962 die Ausbildung der Grund- und Hauptschullehrer von vier auf sechs Semester verlängert wurde. Die Quote von 29 % im Wintersemester 1966/67 ist auch hier sicherlich die Auswirkung des Kurzschuljahres. Die starken Zuwachsraten der Studentenzahl zu Beginn der 70er Jahre müssen im Zusammenhang mit der Erweiterung des Studienangebots gesehen werden. Seit dem Wintersemester 1970/71 werden an den pädagogischen Hochschulen in Schleswig-Holstein neben dem Grund- und Hauptschullehrer und Sonderschullehrer auch der Diplom-Pädagoge und der Realschullehrer ausgebildet.

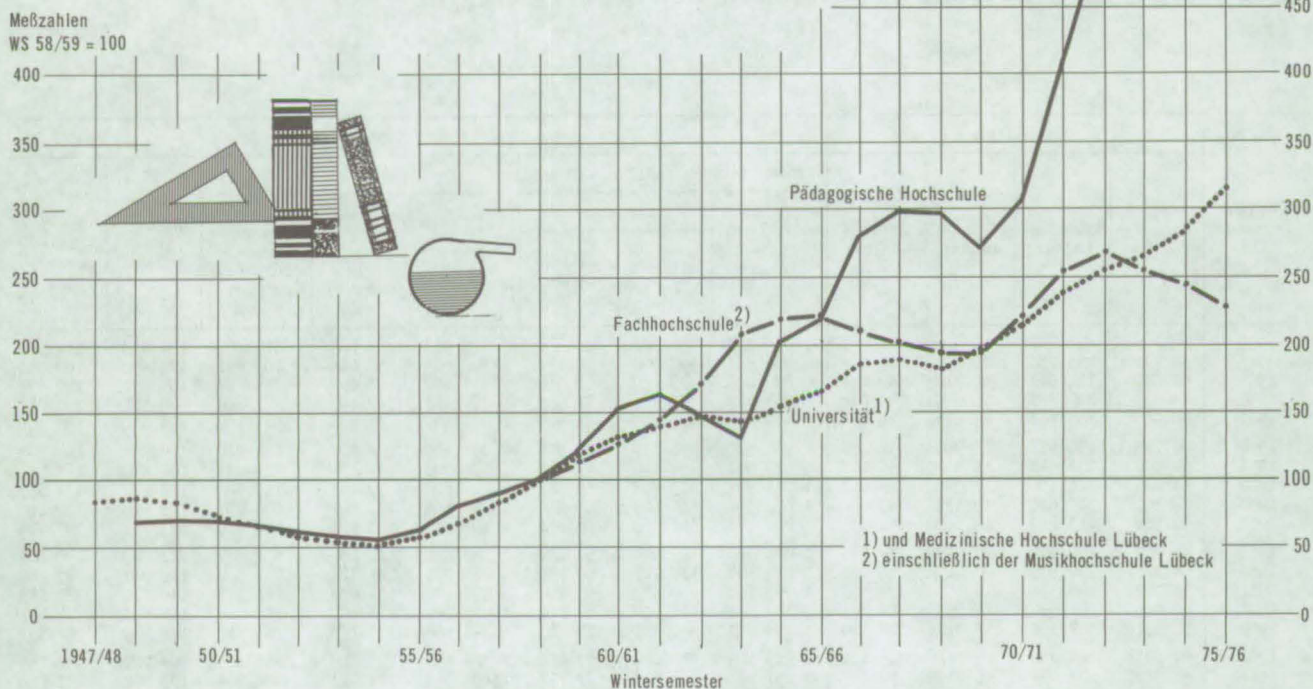
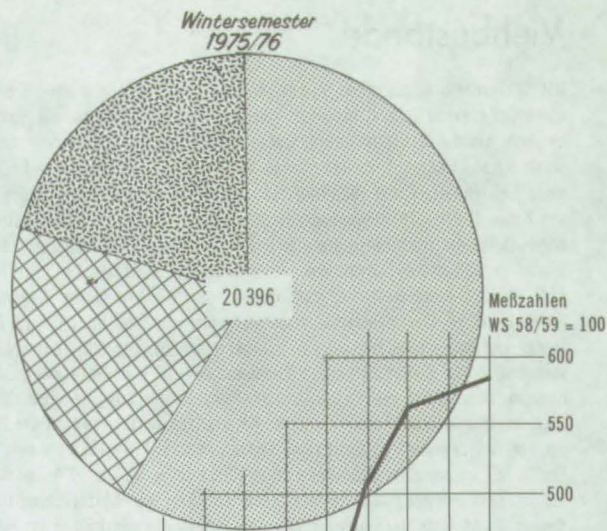
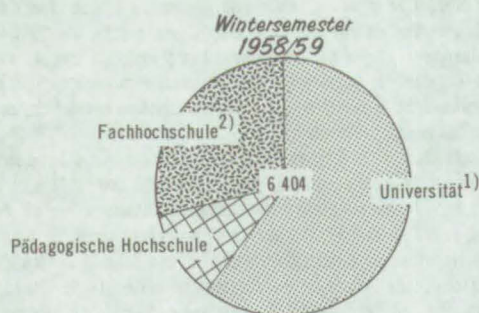
An den Fachhochschulen und ihren Vorläufern zeigt sich 1958/59 bis 1965/66 eine steigende Tendenz der Studentenzahlen. Hierbei muß beachtet werden, daß ab 1962 der Fachbereich Technik der Fachhochschule Lübeck, ab 1963 der Fachbereich Gestaltung der Fachhochschule Kiel und seit 1965 auch die Studenten im Fachbereich Wirtschaft in die Erhebung einbezogen werden. Dennoch nahm in den folgenden Jahren die Zahl der Studierenden ab. Der relativ hohe Anstieg der Studentenzahlen im Wintersemester 1970/71 um 13 % auf 3 991 Studenten und ein Jahr später um 15 % auf 4 590 läßt sich unter anderem dadurch erklären, daß die im Gesetz über Fachhochschulen im Lande Schleswig-Holstein von 1969 festgesetzten Studienvoraussetzungen erst mit Wirkung zum 1. 8. 1971 in Kraft traten. Sicher haben damals verstärkt viele die Möglichkeit genutzt, das Studium noch mit der mittleren Reife und einer praktischen Ausbildung aufzunehmen. Jetzt setzt das Studium an Fachhochschulen die Fachhochschulreife, die allgemeine Hochschulreife oder die fachgebundene Hochschulreife voraus. Das Studium an Fachhochschulen scheint auch für Frauen attraktiver geworden zu sein. Gehörten im Wintersemester 1969/70 nur 5 % der 3 533 Studenten an Fachhochschulen in Schleswig-Holstein zum weiblichen Geschlecht, so waren es im Wintersemester 1975/76 bereits 21 % der 4 136 Studenten.

Wintersemester	Studenten der									
	Universität Kiel und der Medizinischen Hochschule Lübeck				pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg				Fachhochschulen (und ihren Vorläufern) und der Musikhochschule Lübeck	
	insgesamt		weiblich		insgesamt		weiblich		insgesamt	
	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Anzahl	in %	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Anzahl	in %	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
1938/39	695	.	110	15,8
1946/47	3 021	.	651	21,5
1947/48	3 200	+ 5,9	622	19,4
1948/49	3 310	+ 3,4	581	17,6	481	.	192	39,9	.	.
1949/50	3 230	- 3,6	537	16,6	489	+ 1,7	207	42,3	.	.
1950/51	2 857	- 11,5	471	16,5	486	- 0,6	229	47,1	.	.
1951/52	2 557	- 10,5	447	17,5	480	- 1,2	243	50,6	.	.
1952/53	2 281	- 10,8	402	17,6	439	- 8,5	220	50,1	.	.
1953/54	2 046	- 10,3	379	18,5	409	- 6,8	227	55,5	.	.
1954/55	1 952	- 4,6	359	18,4	383	- 6,4	239	62,4	.	.
1955/56	2 094	+ 7,3	396	18,9	452	+ 18,0	306	67,7	.	.
1956/57	2 558	+ 22,2	503	19,7	579	+ 28,1	413	71,3	.	.
1957/58	3 136	+ 22,6	643	20,5	646	+ 11,6	455	70,4	.	.
1958/59	3 878	+ 23,7	848	21,9	715	+ 10,7	507	70,9	1 811	.
1959/60	4 498	+ 16,0	1 113	24,7	867	+ 21,3	644	74,3	2 035	+ 12,4
1960/61	5 025	+ 11,7	1 235	24,6	1 081	+ 24,7	778	72,0	2 265	+ 11,3
1961/62	5 394	+ 7,3	1 387	25,7	1 174	+ 8,6	787	67,0	2 565	+ 13,2
1962/63	5 683	+ 5,4	1 465	25,8	1 054	- 10,2	728	69,1	3 059	+ 19,3
1963/64	5 556	- 2,2	1 405	25,3	920	- 12,7	661	71,8	3 741	+ 22,3
1964/65	5 846	+ 5,2	1 458	24,9	1 439	+ 56,4	1 004	69,8	3 921	+ 4,8
1965/66	6 308	+ 7,9	1 524	24,2	1 549	+ 7,6	1 039	67,1	3 964	+ 1,1
1966/67	7 126	+ 13,0	1 833	25,7	2 001	+ 29,2	1 344	67,2	3 797	- 4,1
1967/68	7 285	+ 2,2	1 840	25,3	2 139	+ 6,8	1 429	66,8	3 638	- 4,2
1968/69	7 101	- 2,5	1 706	24,0	2 121	- 0,8	1 403	66,1	3 541	- 2,7
1969/70	7 654	+ 7,8	1 848	24,1	1 949	- 8,1	1 257	64,5	3 533	- 0,2
1970/71	8 250	+ 7,8	2 122	25,7	2 189	+ 12,3	1 401	64,0	3 991	+ 13,0
1971/72	9 272	+ 12,4	2 554	27,5	2 909	+ 32,9	1 855	63,8	4 590	+ 15,0
1972/73	9 820	+ 5,9	2 931	29,8	3 623	+ 24,5	2 300	63,5	4 867	+ 6,0
1973/74	10 296	+ 4,8	3 235	31,4	4 019	+ 10,9	2 516	62,6	4 598	- 5,5
1974/75	10 894	+ 5,8	3 619	33,2	4 109	+ 2,2	2 575	62,7	4 422	- 3,8
1975/76	12 063	+ 10,2	4 203	34,8	4 197	+ 2,1	2 652	63,2	4 136	- 6,5

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte B III 1 (Studenten)

Studenten nach der Hochschulart

D - 4909



Zur Methode

Während die Universität Kiel (gegr. 1665) und die pädagogischen Hochschulen (Kiel 1926, Flensburg 1946) eine längere Tradition aufweisen, entstanden die übrigen Hochschulen Schleswig-Holsteins erst in jüngerer Zeit. 1964 wurde als zweite medizinische Fakultät der Universität Kiel die Medizinische Akademie Lübeck eingerichtet. Durch das Gesetz über die Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein von 1973 wird sie zur selbständigen Medizinischen Hochschule Lübeck erhoben. Mit dem Gesetz über Fachhochschulen in Schleswig-Holstein aus dem Jahre 1969 sind aus den früheren Ingenieur- und höheren Fachschulen die Fachhochschulen gegründet worden. Aus der Fachhochschule für Musik entstand 1973 die Musikhochschule Lübeck. Die Studenten der Musikhochschule werden hier dem Fachhochschulbereich, die Studenten der Medizinischen Hochschule der Universität Kiel zugerechnet; an beiden Hochschulen schwankte die Studentenzahl zwischen 200 und 300.

Seit dem Wintersemester 1949/50 gibt es über die Studenten eine bundeseinheitliche Individualstatistik. Diese Form der Erhebung besagt, daß der Student selbst Angaben zu seiner Person und zu seinem Studium macht. Vor der Einführung der Individualstatistik

meldeten ausschließlich die Hochschulverwaltungen Eckdaten über ihre Studenten.

In Schleswig-Holstein umfaßt die individuelle Studentenstatistik bis 1959 nur die Studenten der Universität Kiel. Erst ab Wintersemester 1959/60 werden auch die Studenten der beiden pädagogischen Hochschulen direkt befragt. Das im Jahre 1971 in Kraft getretene Hochschulstatistikgesetz machte es notwendig, zusätzlich die Studenten der Fachhochschulen in die Individualbefragung einzubeziehen, für die seit 1973 Ergebnisse vorliegen. Auf der Grundlage der Erhebung durch die Verwaltungen kann die Entwicklung der Studentenzahl im heutigen Fachhochschulbereich ab 1958 dargestellt werden. Eine weitergehende Darstellung verhindern Zuordnungsprobleme der früheren Ingenieur- und Fachschulen zu den jetzigen Fachhochschulen.

Die Entwicklung der Studentenzahl wird anhand der Statistiken der einzelnen Wintersemester dargestellt. Das erklärt sich daraus, daß die Studentenstatistik vor 1966 nur für die Wintersemester vorliegt. Die jährliche Betrachtungsweise berücksichtigt auch, daß in letzter Zeit die meisten Abiturienten das Studium zum Wintersemester aufnehmen. Beurlaubte Studenten sind in den Zahlen nicht enthalten.

Viehbestände

Die schleswig-holsteinische Rinderhaltung ist von einem erheblichen Strukturwandel gekennzeichnet. Insgesamt hat sich seit 1950 die Zahl der Rinderhalter um mehr als die Hälfte reduziert, wobei die jährlichen Abnahmeraten recht konstant waren. Lediglich in den Jahren 1969 - 1972 gaben überdurchschnittlich viele Betriebe die Rindviehhaltung auf, wobei die EG-Aktion zur Abschachtung von Kühen (1969 - 1970) von besonderem Einfluß gewesen sein dürfte. Demgegenüber nahmen die Rinderbestände kräftig zu. So wurden 1976 insgesamt 56 % mehr Rinder gezählt als 26 Jahre zuvor, auch wenn hier ebenfalls die Jahre 1970 und 1971 durch größere Bestandsrückgänge aus dem Rahmen fallen. Gegenüber der Entwicklung der Rinderbestände insgesamt nahm von 1950 bis 1976 die Zahl der Rinder- und Mutterkühe mit + 13 % weniger stark zu. Die Differenz erklärt sich vornehmlich aus überproportionalen Zunahmen bei den - im Dezember gezählten - Kälbern, was auf die vermehrten Herbstkalbungen zurückzuführen sein dürfte, als auch bei den Mastbullen und -ochsen. So wuchsen beispielsweise die Bestände der ein- bis zweijährigen Bullen und Ochsen von 1950 bis 1976 um mehr als das Dreifache, während die Zahl der älteren Tiere lediglich um 30 % zunahm. Dies ist im Zusammenhang mit einem starken Rückgang der Kälberschlachtungen zu sehen: Wurde stets der überwiegende Teil der weiblichen Kälber zur Nachzucht bestimmt, so wurde ein immer größerer Anteil der männlichen ausgemästet, statt

bereits als Kälber geschlachtet zu werden. Die Entwicklung der Bestände an weiblichen Rindern über 1 Jahr verlief in etwa wie die der Rinder insgesamt.

Noch stärker als die Zahl der Rinderhalter nahm die der Schweinehalter ab. 1950 gab es noch gut sechsmal soviel Halter wie 1976. Demgegenüber nahm die Zahl der Schweine - wenn auch mit einigen Auf- und Abbewegungen - zunächst bis 1970 kräftig zu. In jenem Jahr wurden 70 % mehr Jung- und Mastschweine (ab acht Wochen alt) und 71 % mehr Sauen gezählt als 20 Jahre zuvor. In den Folgejahren gingen die Schweinebestände merklich zurück, was sich auch auf die Marktanteile Schleswig-Holsteins negativ auswirkte. Seit 1975 sind wieder Zunahmen zu beobachten, die 1976 insbesondere bei den Sauen ein bedeutendes Ausmaß angenommen haben.

Anders als bei den Rindern und Schweinen nahm bei Pferden und Schafen nicht nur die Zahl der Halter, sondern bis 1968 bzw. 1971 auch die der Tiere ab. Bei den Pferden ist diese Entwicklung im Zusammenhang mit der Nutzungsänderung vom Zug- zum Reittier zu sehen, was ebenfalls durch die seit 1971 steigenden Halterzahlen unterstrichen wird. Bei den Schafen dürften nicht nur betriebswirtschaftliche Gründe für die Aufstockung der Bestände seit 1972 verantwortlich sein. Die leichte Zunahme der Schafhalter deutet auch hier auf eine wachsende Zahl von Kleinhaltungen hin.

Anfang Dezember	Viehalter				Viehbestände							
	Rinder- halter	Schweine- halter	Schaf- halter	Pferde- halter	Rinder (einschließlich Kälber)			Schweine			Schafe ins- gesamt	Pferde ins- gesamt
					ins- gesamt	darunter		ins- gesamt	darunter			
Milch- kühe 1)	Bullen und Ochsen 2)	Zucht- sauen 3)	Jung-, Schlacht- und Mast- schweine 4)									
1939	1 066 793	453 361	.	979 984	84 904	675 238	194 450	146 945
1946	64 740	93 930	28 850	47 629	928 861	407 000	55 842	329 094	52 066	203 991	173 490	180 002
1947	62 619	101 644	30 310	49 078	869 834	375 850	40 038	339 002	43 659	214 887	163 792	180 433
1948	63 939	119 775	35 749	49 016	914 222	387 415	47 975	460 188	60 103	277 760	182 507	181 087
1949	60 960	133 103	25 653	46 774	950 080	423 083	52 499	774 489	72 908	507 708	154 220	180 306
1950	60 755	130 473	15 968	46 301	998 595	458 399	51 068	1 031 449	106 700	642 469	129 366	167 343
1951	59 509	134 543	14 948	45 007	993 901	454 120	49 647	1 122 305	94 476	729 034	130 432	147 734
1952	59 084	126 536	13 942	44 013	1 044 957	453 361	59 327	1 121 800	99 256	719 485	128 977	134 163
1953	58 301	116 611	12 143	43 062	1 052 811	461 624	58 314	1 036 164	102 622	648 757	122 665	122 060
1954	56 908	113 819	10 463	41 033	1 060 808	451 063	58 841	1 196 373	118 203	718 080	113 751	107 484
1955	55 412	108 999	9 549	39 545	1 040 466	429 286	57 629	1 183 851	110 101	734 687	111 789	98 685
1956	54 375	102 505	8 711	36 995	1 071 508	430 787	59 159	1 210 031	121 876	727 547	112 087	87 388
1957	53 777	98 537	8 359	34 965	1 093 766	430 533	63 788	1 298 172	134 882	762 378	115 770	80 243
1958	52 063	91 550	7 894	32 565	1 128 546	425 650	67 768	1 279 228	126 137	757 718	118 691	71 847
1959	51 391	87 230	7 017	28 410	1 195 737	441 467	78 856	1 327 968	135 373	783 718	112 809	57 539
1960	49 833	84 299	6 142	24 175	1 219 122	460 020	83 859	1 414 243	153 818	813 675	104 729	46 055
1961	48 913	82 056	5 814	20 647	1 251 293	466 628	87 797	1 635 849	171 413	956 204	109 282	37 878
1962	47 645	77 720	5 676	17 102	1 306 412	477 890	96 226	1 654 862	168 325	969 413	112 775	31 130
1963	45 892	71 600	5 378	14 151	1 272 790	472 373	98 313	1 601 382	165 308	933 713	115 307	26 177
1964	44 569	69 412	5 152	11 325	1 291 174	479 245	96 691	1 715 905	174 230	1 005 882	107 341	21 952
1965	43 362	63 226	4 932	9 076	1 378 841	504 975	103 036	1 700 816	168 599	1 001 686	104 859	18 989
1966	42 158	59 512	4 838	7 673	1 392 946	510 706	101 950	1 688 757	168 707	1 019 621	102 898	17 034
1967	41 147	56 815	4 759	6 655	1 394 799	512 674	99 141	1 751 947	179 682	1 045 358	100 856	16 265
1968	39 773	50 742	4 784	6 260	1 409 967	518 713	99 136	1 668 407	166 674	1 013 391	100 344	16 295
1969	38 285	45 856	4 670	5 986	1 430 487	517 927	102 239	1 679 725	172 337	1 021 123	106 450	16 645
1970	35 759	42 984	4 464	5 893	1 407 146	496 159	109 230	1 774 007	182 679	1 092 286	96 968	17 904
1971	33 691	37 147	4 469	6 348	1 363 815	481 585	110 538	1 667 223	169 430	1 056 094	92 825	20 391
1972	32 215	32 991	4 455	6 781	1 421 061	503 420	115 152	1 598 057	160 606	1 006 424	95 848	23 463
1973	31 138	29 060	4 600	7 757	1 496 251	514 327	123 768	1 659 014	167 829	1 011 514	108 499	28 068
1974	29 866	24 508	4 390	7 544	1 507 002	505 391	128 782	1 567 299	167 903	933 464	113 164	28 641
1975	28 758	22 344	4 469	8 059	1 525 406	509 860	135 085	1 619 555	169 610	973 061	121 078	30 568
1976	27 830	21 330	4 541	8 493	1 559 835	518 619	139 142	1 695 584	181 226	1 026 123	124 205	32 143

1) einschließlich Ammen- und Mutterkühe 2) 1 Jahr alt und älter 3) 1/2 Jahr alt und älter, ab 1973: 50 kg und mehr Lebendgewicht
4) 8 Wochen alt und älter, ab 1973: 20 kg und mehr Lebendgewicht

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte C III 1 (Viehbestände)

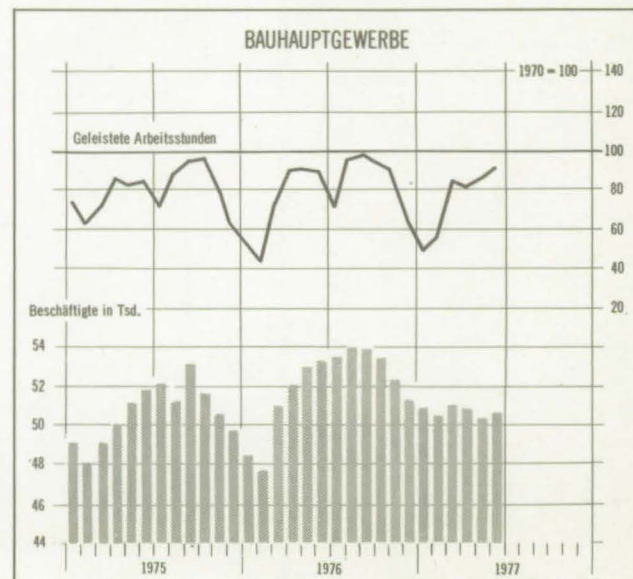
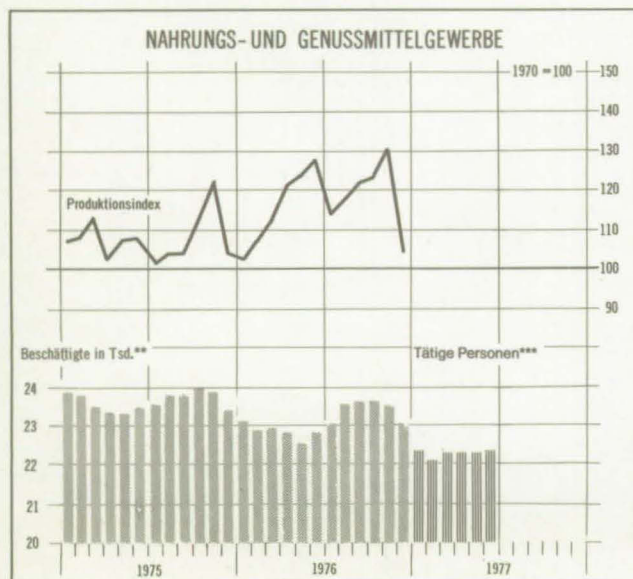
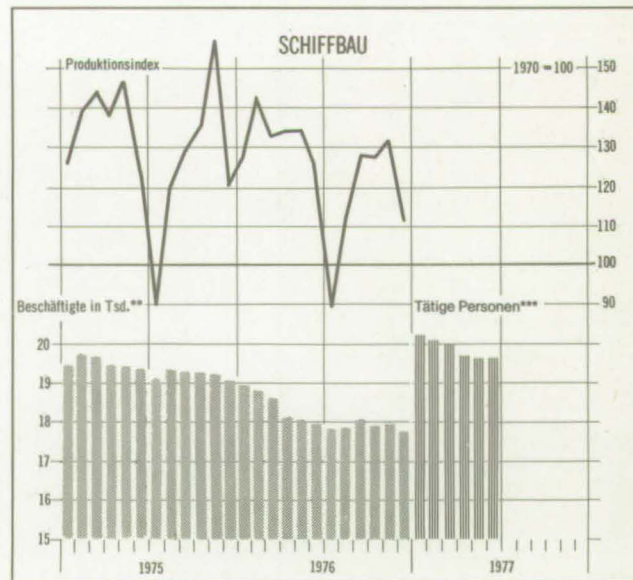
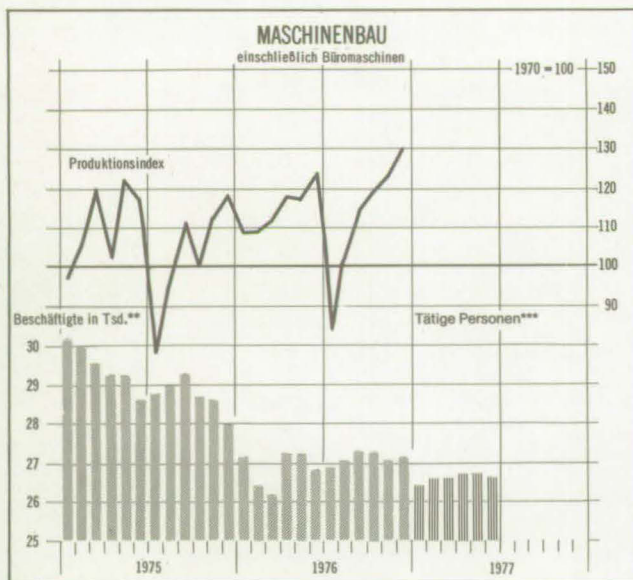
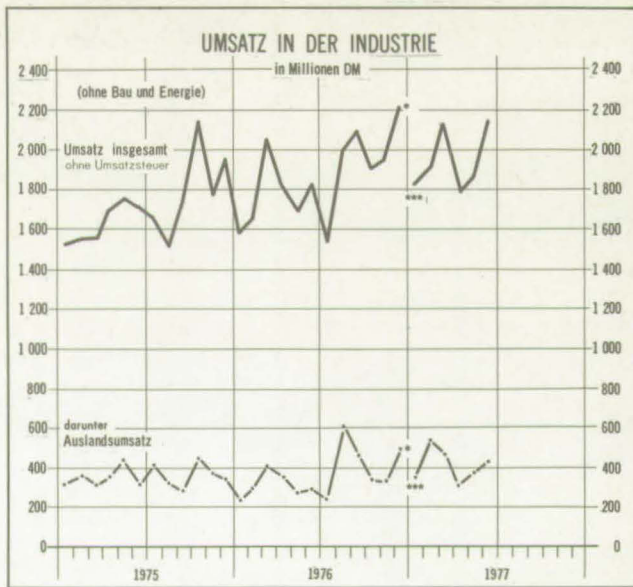
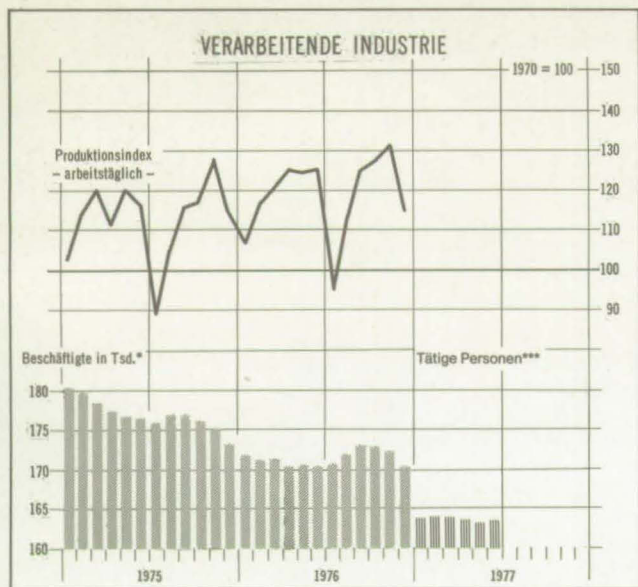
Zur Methode

Die allgemeine Viehzählung erfaßt jährlich Anfang Dezember sämtliche Bestände an Pferden, Rindern, Schafen und Geflügel. Ziegen und Bienenvölker werden seit 1973 nur noch in vierjährigem Rhythmus gezählt. Die gleiche Einschränkung

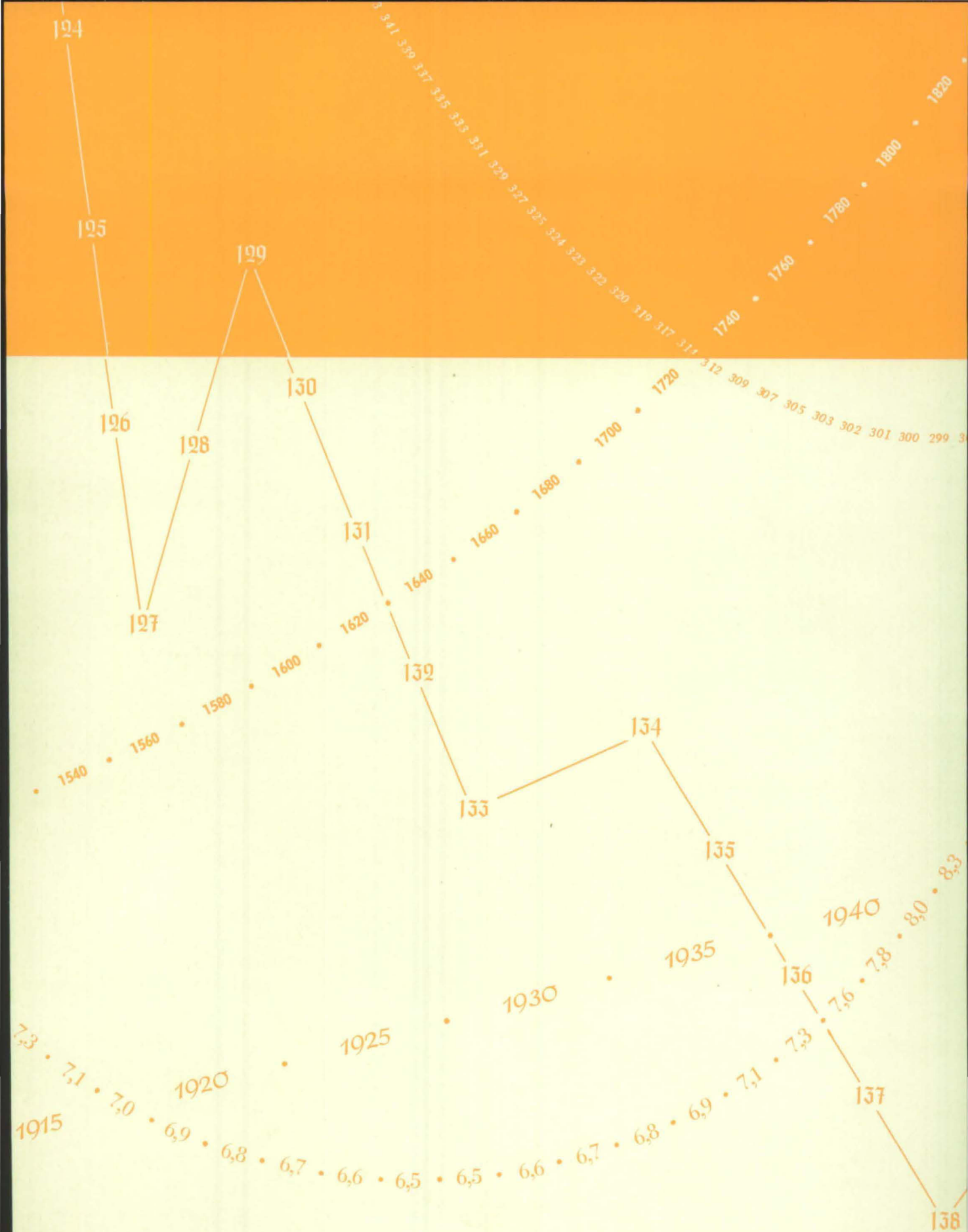
gilt auch bei Schweine- und Geflügelhaltern, deren landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) unter 1 ha liegt und weniger als 3 Schweine - mit Ausnahme von Sauen und Ebern - bzw. weniger als 20 Stück Geflügel besitzen. Daneben sind im Laufe der Jahre verschiedene Änderungen in den Alters- und Gewichtsabgrenzungen erfolgt.

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeitervdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



*) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten
 **) in fachlichen Betriebsteilen von Industriebetrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten
 ***) Ergebnisse für Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 5 11 41
 Postanschrift: Postfach 11 41, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Arnold Heinemann
 Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 – Auflage: 750
 Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

– Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird –

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen